



Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Ohne Zuwendung und Zwischenmenschlichkeit zu ermöglichen, kann Medizin nicht wirklich human sein Die Herrschaft der Ökonomie macht unser Gesundheitswesen krank

von Prof. Dr. med. David Holzmann, Zürich

Gesundheit ist immer noch das höchste Gut für uns Menschen, und das spürt jeder Arzt als Rückmeldung seiner Patienten, zum Beispiel in Form der grossen Erleichterung, wenn eine Abklärung oder eine Behandlung ein erfreuliches Resultat beschert. Die Hoffnung auf Gesundheit oder auch auf erfolgreiche Behandlung von Krankheiten oder Verletzungen ist so gross, dass der Patient nicht selten grosszügig über Fehlverhalten von Ärzten oder Pflegenden, Ungereimtheiten in administrativen Abläufen und so weiter hinwegsieht. Eine zunehmende Unzufriedenheit macht sich dennoch bei den Patientinnen und Patienten bemerkbar. Sortiert man diese Klagen der Patienten aus Rückmeldungen, Briefen oder auch Leserbriefen in Zeitungen, werden bestimmte Mängel mit konstanter Regelmässigkeit angesprochen. Ärzte und Pflegende hätten zu wenig Zeit für die Patienten, Patienten verstehen zum Teil nicht, worin ihre Krankheit besteht und warum sie diese oder jene Behandlung brauchen. In der Korrespondenz mit Krankenkassen, Spitälern oder anderen Behandlungsinstitutionen sind eine Unmenge Formulare mit Fragen zu beantworten und Hinweise zu lesen. Die Klagen der Patienten beziehen sich auf Mängel in der Arzt-Patient-Beziehung, der immer weniger Beachtung geschenkt wird oder die schlicht zu kurz kommt. Auch umgekehrt klagen immer mehr Ärzte und Pflegefachleute, dass sie immer weniger Zeit für Patienten aufwenden können, weil lückenlose Leistungserfassung, Controlling, Berichtswesen und so weiter immer mehr Zeit verschlingen. Wo geht diese Zeit für den Patienten verloren? Was soll die stets zunehmende Bürokratie?

Professor Giovanni Maio, Internist und Lehrstuhlinhaber für Medizinethik, bringt in gut verständlicher und nachvollziehbarer Darstellungsweise in seinem Buch «Geschäftsmodell Gesundheit. Wie der Markt die Heilkunst abschafft» eine aktuelle Entwicklung unseres Gesundheitssystem auf den Punkt: Indem das Gesundheitswesen immer mehr dem sogenannten freien Markt ausgesetzt wird, werden administrative, bürokratische Arbeiten und vor allem das Einhalten von Budgetlimiten immer höher priorisiert, während die effektive Hilfeleistung am Patienten zunehmend vernachlässigt wird. Ärzte, aber auch Pflegende und weitere Gesundheitsberufe werden immer mehr gezwungen, die Patienten nach wirtschaftlichen beziehungsweise finanziellen Kriterien einzuteilen und zu behandeln.

Die stetig fortschreitende Unterweisung der Medizin, die nach ökonomischen beziehungsweise neoliberalen Prinzipien funktionieren soll, erklärt, warum der Arzt immer weniger Zeit für die Patienten hat. Nicht anders geht es den anderen versorgenden Berufen wie Pflegepersonen, Physiotherapeuten und so weiter. Wohl haben sie ihren Beruf ergriffen, um mit Patienten zu arbeiten, doch genau davon müssen sie sich immer mehr verabschieden, weil die Beziehung zum Patienten nicht mehr zuoberst auf der Prioritätenliste steht.

So erklärt sich auch die zunehmende Unzufriedenheit in den medizinischen Berufen, deren Vertreter immer mehr zu Verwaltern und Administratoren von Patientendaten degradiert werden.



(Bild caro)

Die Medizin auf dem Weg zu Fallpauschalen und Budgettierung

In Deutschland und in der Schweiz galt bis Anfang der 90er Jahre ein retrospektives Finanzierungssystem, womit gemeint ist, dass zuerst der Patient versorgt wird und erst danach ein Krankenhaus die effektiven Kosten feststellt und um die Abgeltung ersucht. Nach einer Gesundheitsreform – in der Schweiz die Änderung des Krankenversicherungsgesetzes im Jahre 1996 – fand ein Wechsel in ein prospektives Finanzierungskonzept statt. Bevor der Patient also in einem Spital behandelt wird, muss dieses sich über die Finanzierung Gedanken machen, wie es mit den vorhandenen Mitteln seine Patienten behandeln kann. Mit dieser Umstellung wird den Spitälern ermöglicht, Verluste oder Gewinne zu erzielen, was in Handel, Industrie und Gewerbe üblich ist. Diese Umstellung wiederum beeinflusst die Befindlichkeit des Personals und färbt auf die Zufriedenheit und die Arbeitsplatzsicherheit ab. Dies ist denn auch ein zentraler Gedanke Giovanni Maios: Der Verlust des Sozialen, der Arzt-Patient-Beziehung, als Resultat einer ökonomischen Umformung der Medizin, die immer mehr auf Leistung, finanzielle Optimierung und letztlich Gewinnerwirtschaftung zielt. Der Arzt hat jedoch dem Patienten gegenüber eine Loyalitätspflicht, die er nicht einfach aufgeben kann.

«Ein Letztes und Grundlegendes, was den Ärzten ermöglicht werden muss zu geben, ist die Wertschätzung. Erfüllung in seinem Beruf kann ein Arzt doch nur finden, wenn es ihm gelingt, sich eine grundlegende Wertschätzung für den Patienten zu bewahren und diese ihm auch zu bekunden. [...] Aber Zwischenmenschlichkeit kann man nicht verordnen, und man kann sie nicht im Managementsystem abhaken. [...] Die Strukturen müssen der Menschlichkeit Raum geben, damit sie gedeihen kann. Dazu muss es einen Konsens geben, dass aller Wirtschaftlichkeitsgebote zum Trotz ganz selbstverständlich in gute Arbeitsbedingungen für die Heilberufe investiert wird [...]. Damit Ärzte und Pflegende ihre Patienten wertschätzen und sich für sie menschlich engagieren können, müssen sie auch vom System eine Wertschätzung erfahren.»

Giovanni Maio, S. 160f.

ben kann. Einen Ausgleich, ein Ausbalancieren von ökonomischem Vorteil und dem Wohl des Patienten kann es schlicht nicht geben, weil letzteres nicht verhandelbar ist. Gewiss ist es richtig, dass sich jeder Arzt ökonomische Gedanken in der Medizin machen soll. Er muss ein gewisses Kostenbewusstsein haben, darf aber nicht unter Druck geraten und gewisse Abklärungen und Behandlungen unterlassen, um ein Defizit seines Krankenhauses zu vermeiden. Verachtenswert sind Krankenhausstrategien, die primär auf eine Gewinnmaximierung ausgerichtet sind.

Praktische Auswirkungen einer ökonomisierten Medizin

Weder die Politik noch die Spitalverwaltungen schreiben den Ärzten offen vor, dass sie nach rein ökonomischen Kriterien Patienten behandeln sollen, beziehungsweise sie schreiben nicht vor, ab welchem Alter ein Patient wie in England kein Anrecht mehr auf eine Dialyse hat. «Die Krankenhausleitungen machen zwar keine klaren Vorgaben, aber durch die Abteilungsbudgets und durch die Transparenz der Erlöse werden die einzelnen Abteilungen unter Druck gesetzt. Man erpresst sie sozusagen, beteuert aber, dass letztendlich die Ärzte selber entscheiden sollen.» (Dieses und die folgenden Zitate sind dem Buch von Giovanni Maio entnommen.)

Ärzte werden einer strukturellen Bevormundung unterzogen, indem ihnen immer mehr Ressourcen entzogen werden. Beispielsweise werden Ärzten immer mehr rein bürokratische Aufgaben wie minutiöse Leistungserfassung, Kodierungen, Kostengutsprachege-suche und so weiter aufgebürdet, womit sie zwangsläufig immer weniger Zeit für den Patienten haben.

Neben der strukturellen findet auch eine ideelle Bevormundung statt, indem der Arzt subtil aufgefordert wird, nach ökonomischen und nicht nach medizinisch sinnvollen Kriterien zu behandeln. Er wird förmlich dazu gezwungen, Patienten nach «Verlustposten» oder «Erlöseinbringer» zu kategorisieren, womit die Überdiagnostik bei privatversicherten Patienten erklärbar wird.

Direkte Auswirkung der zunehmenden Ökonomisierung ist die drakonische Reduktion des Personals beziehungsweise der Personalkosten. Spätestens hier wird ersichtlich, dass das Diktat der Ökonomie zu einer Minimierung der Kontaktzeit mit dem Patienten führt. Um diese Kontaktzeit noch weiter reduzieren zu können, wird administrativen Aufgaben höchste Priorität eingeräumt, «das Nicht-sofort-Dokumentieren wird gnadenlos sanktioniert». Maio resümiert denn auch konsequenterweise: «Innerhalb einer ökonomisierten Logik wird die ärztliche Behandlung auf eine technische Reparatur reduziert, die so kostensparend wie möglich ablaufen soll.» In dieser Vorstellung jedoch, in welcher Wettbewerb und Konkurrenz oberste Zielgrössen darstellen, werden auch unrentable Teile des Unternehmens bestimmt und abgestossen. Eine Medizin jedoch, die Patienten in dieser Weise meidet, verdient es nicht mehr, Medizin genannt zu werden.

Umgekehrt beobachten wir schon heute in der erlösorientierten Patientenversorgung Rentabilitätskriterien, die für die Entscheidung einer Abklärung und Behandlung wesentlich zentraler sind als der Patient mit seiner Krankheit selbst. Unverfroren sprechen denn auch Spitalverwaltungen und Gesundheitsökonom von Kunden und nicht mehr von Patienten. Damit einhergehend findet laut Maio eine Deprogrammierung der Ärzte statt, die sich immer mehr contre coeur gezwungen sehen, nach ökonomischen Vorgaben zu handeln und sich von der teilnehmenden Beziehung zum Patienten verabschieden zu müssen. Damit ist der Arzt im doppelten Sinne der Verlierer: Er verliert das Vertrauen seiner Patienten und den Sinn seiner ärztlichen Tätigkeit.

Theoretische Implikationen einer ökonomisierten Medizin

Die Rolle der Ökonomie hat sich in bezug auf die Medizin dahin gewandelt, dass sich die Ökonomie von der Dienerin zur Beherrscherin der Medizin entwickelt hat. Der mit Scheinargumenten erzwungene Zeitdruck verdrängt ruhige Gespräche zwischen Ärzten und Pflegenden, dafür wird jeder Handstrich mit Zeitkontingenten aufgefächert beziehungsweise mit fixierten Zeitfenstern definiert.

Eine zentrale Vorannahme der Ökonomisierung ist die Vorstellung, dass die Behandlung von kranken Menschen nach dem Modus eines Algorithmus beziehungsweise nach dem Modell der industriellen Produktion zu erfolgen hat. Doch von diesem Moment an wird

Fortsetzung auf Seite 2

«Ohne Zuwendung und ...»
Fortsetzung von Seite 1

der Patient automatisch zu einem Mechanismus herabgestuft. Entsprechend müssen Ärzte lernen, rationale Automatismen an Stelle persönlicher Entscheidungen zu setzen, womit die Heilberufe deprofessionalisiert und industrialisiert werden. In diesem ökonomisierten System wird die Therapie nicht dem Patienten angepasst, sondern die Patienten einem Therapieschema. Folglich werden Ärzte austauschbar, da es in der Klinik nicht um die Person des Arztes geht, sondern um den «Prozess» der Behandlung. Durch die «Managerialisierung» und «Prozeduralisierung» der Therapie wird letzten Endes ein zentraler Bestandteil der Medizin wegrationalisiert, auf den es in der Medizin ankommt, nämlich die vertrauensvolle Mitmensch-Beziehung. In diesem ökonomisierten System gibt es keine Helfer mehr, sondern Dienstleister, an die Stelle der Sorge für den anderen tritt die Lieferung einer bestellten und vertraglich vereinbarten Gesundheitsware. Das empathische Engagement des Arztes wird durch eine Verpflichtung zur perfekten Dienstleistung ersetzt. An dieser Stelle zitiert Maio *Erich Kästner* treffend:

«In ihren Händen wird aus allem Ware,
in ihrer Seele brennt elektrisch Licht,
sie messen auch das Unberechenbare,
was sich nicht zählen lässt, das gibt es nicht.»

Unter dem Diktat dieser ökonomischen Rationalität werden Ärzte und alle Helfer dazu gezwungen, ganzheitliches Denken abzulegen. Die ärztliche Qualität wird systematisch herabgesetzt, indem eine wilde Dokumentationswut ausgebrochen ist. Alles muss belegt werden, alles wird kontrolliert, nichts wird als selbstverständlich erachtet, sondern im Gegenteil, für alles muss man Rechenschaft ablegen. Die Ärzte sehen sich einem ständigen Generalverdacht ausgesetzt. Der stete Druck auf die Ärzte dient nicht dem Wohl der Patienten, sondern allein den Bilanzen. Das rein auf Erlös orientierte Arbeiten schwächt die Eigenmotivation und somit die eigentliche Stärke in diesem menschennahen Beruf. Doch gerade das Gespräch der Helfenden – seien es Ärzte oder Pflegende – wird nicht belohnt. Vielmehr sind es teure technische Abklärungen und Interventionen, die hoch vergütet werden.

«Dass dieses System überhaupt so funktioniert und die Ärzte das so mitmachen, liegt an der subtilen Individualisierung einer strukturell verhängten Knappheit. Die Knappheit an Zeit und Ressourcen wird von oben festgelegt, aber es sind die Mitarbeiter der Kli-



Giovanni Maio
Geschäftsmodell
Gesundheit wie der
Markt die Heilkunst abschafft

Suhrkamp | medizinHuman

ISBN 978-3-518-46514-1

nik, die damit fertig werden müssen: Sie müssen immer unter zunehmendem Druck arbeiten.» *Dass die Heilberufe sich bislang nicht genug gegen diese verordnete Knappheit gewehrt haben, liegt an der glücklichen Strategie, die äusserlich vorgegebene Knappheit zu einem individuellen Problem des einzelnen Arztes zu deklarieren.* In einem solchen ökonomischen System hat Hingabe oder Dienst am Menschen keinen Platz mehr, gilt gar als antiquiert. Die Beziehung zum Patienten soll nach dieser Denkweise nicht mehr eine soziale, sondern eine geschäftliche sein.

Vom Patienten zum Kunden

In der modernen Medizin – sofern man hier noch von Medizin sprechen kann – wird der Patient immer seltener als ein notleidender Mitmensch, sondern als Verbraucher von medizinischen Dienstleistungen, als mündiger Kunde gesehen, der eine wohlinformierte Kaufentscheidung zu treffen hat. Der Patient hat durch sein Leiden aber häufig kaum eine Wahl. Die ökonomische Zielsetzung, einen Kunden dazu zu bewegen, auch in Zukunft und möglichst ständig beim gleichen Anbieter zu kaufen, kann nicht wirklich dem Ziel eines Arztes entsprechen. Dennoch ist unser Gesundheitssystem durch die Umsetzung ökonomischer Prinzipien soweit entpersonalisiert worden, dass immer mehr Ärzte und Spitäler ihre «Angebote» auf Hochglanzbroschüren, Webseiten und so weiter anpreisen, womit sie weniger helfen oder heilen, sondern mehr Absatzsteigerungen realisieren können.

Problemfeld Bonuszahlungen: Belohnung für das Falsche

Wenn Ärzte sich für das Wohl ihrer Patienten einsetzen, dann ist das ein genuin soziales Engagement und somit ein ökonomi-

«Daher müssen Ärzte viel entschiedener formulieren, wofür sie eigentlich angetreten sind und für welche Ziele sie bereit sind zu arbeiten. Die Ärzte müssen zu einer Gemeinschaft zurückfinden und noch deutlicher kommunizieren, dass sie nicht bereit sind, ihre Fürsorgerationalität aufzugeben. Sie müssen sich aktiv für die medizinische Logik einsetzen und sich von den bloss ökonomischen Bewertungsmustern ihrer Arbeit distanzieren. Denn allein die Patienten sind es, die dem Arzt seine Existenzberechtigung verleihen.»

Giovanni Maio, S. 153

miefremdes Verhalten. Bonuszahlungen jedoch sind ein ökonomisches Instrument. Viele Studien zeigen, dass Ärzte den persönlichen Gewinn in ihrem Beruf vor allem aus ihrem Kontakt mit den Patienten beziehen und aus dem Gefühl, ihnen geholfen zu haben. Mit Boni jedoch geht eine Entwertung des Helfens einher und damit eine Gefährdung dieses Gefühls der Erfüllung der inneren Freude am Beruf. Die aktuellen ökonomischen Prinzipien in der Medizin wollen einen Arzt, der sich als Leistungserbringer versteht und sich nicht primär an die professionseigene Linie halten soll, sondern an die Vorgaben des Managements. Daraus resultiert eine Deprofessionalisierung, die gewollt ist, womit wir eine Entwertung des Arztberufs erleben, weil ein Arzt, der sich auf seinen Professionsstatus beruft und damit Freiheit im Denken und Behandeln reklamiert, schwieriger zu managen ist. Der Arzt befindet sich heute auf einer Gratwanderung, auf der er zwischen innerer Motivation und Gra-

«Solange sich der Arzt Arzt nennt, bekennt er sich dazu, dem Gemeinwohl zu dienen, doch daraus folgt nicht, im Interesse der Effizienz einzelnen Patienten die Hilfe zu versagen oder eine Priorisierung vorzunehmen. Gemeinwohl kann hier nur heissen, dass der Arzt das Ganze im Blick haben muss und daher die öffentlichen Gelder nicht verschwenden darf, auch wenn das der einzelne Patient für sich wünschen würde. Gemeinwohlverpflichtung heisst aber auch, dass der Arzt seine vom Staat finanzierte Ausbildung nicht dazu missbrauchen darf, sie in den Dienst der Gewinnmaximierung zu stellen, weil das eine Zweckentfremdung wäre. Deswegen müssen Ärzte noch deutlicher klar machen, dass sie als Vertreter öffentlicher Interessen nur dort und nur so arbeiten werden, wie es dieser letzten Zielsetzung ihres Arztberufes gerecht wird.»

Giovanni Maio, S. 152

Ökonomischer Druck an Kliniken ist Gefahr für Ärzte und Patienten

Hartmannbund sieht sich durch Ethikrat bestätigt

Der Hartmannbund sieht sich in seiner Warnung vor den Folgen ökonomischen Drucks an den deutschen Kliniken durch jüngste Äusserungen des Ethikrates bestätigt. «Vor allem die Länder, die seit Jahren ihre Finanzausschüsse für die Kliniken kürzen, sollten diesen Befund als alarmierendes Wecksignal begreifen», sagte der Vorsitzende des Hartmannbundes Dr. Klaus Reinhardt in Berlin. Der Hinweis des Ethikrates, dass das Wohl des Patienten unter den herrschenden Bedingungen immer mehr auf der Strecke bleibe, verpflichte aber auch die Kliniken zum Umdenken. In diesem Zusammenhang unterstütze der Hartmannbund ausdrücklich die Forderung des Gremiums, Geschäftsführer von Kliniken sollten neben ihrer ökonomischen Fachkompetenz auch über grundlegende Kenntnisse in Medizin und

Pflege verfügen. Überwiegend ökonomisch ausgerichtete Entscheidungen würden auf Dauer die Arbeitssituation von Ärzten und Pflegekräften unzumutbar verschlechtern und damit das Patientenwohl gefährden. In diesem Sinne müsse die vom Ethikrat geforderte Mindestzahl von Pflegekräften auch auf das ärztliche Personal ausgedehnt werden.

Reinhardt appellierte an Bundesgesundheitsminister Gröhe, die Hinweise des Ethikrates ernstzunehmen. Dazu gehöre auch, sich immer wieder der Frage zu widmen, wie das System der sogenannten Fallpauschalen (DRG) mit seinen vielfachen Fehlanreizen sinnvoll modifiziert werden könne.

Pressemitteilung des Hartmannbundes vom 6.4.2016

tifikation entscheiden muss. Er muss sich bewusst sein, dass finanzielle Anreizsysteme eine Untergrabung der Selbstverständlichkeit des Helfens bedeuten.

«Lohnt es sich zu helfen?» Der Irrweg der Priorisierung

Infolge des Zusammenspiels von zahlenorientierter moderner Medizin und rechnender Ökonomie wird derzeit all das als unnötig eingeschätzt, wofür man keine Zahlen liefern kann. Dabei wird das Diktat der Zahl etabliert, und dieses Diktat der Zahl kennt keine Qualitäten, sondern allein Quantitäten. Das ureigste Bedürfnis, dem Menschen zu helfen,

menden Ökonomisierung der Medizin sind. Von Ärzten wird erwartet, dass sie lernen, ökonomisch zu denken; aber es ist noch viel wichtiger, dass Ökonomen lernen, medizinisch zu denken. Die eingangs gestellte Frage: «Soll die Medizin der Ökonomie dienen oder die Ökonomie der Medizin?» würden Ärzte und Patienten gleich beantworten. Es ist sicher korrekt, dass sich Ärzte Gedanken zu finanziellen und volkswirtschaftlichen Fragen machen.

Schlussbemerkung

Für Maio ist die zunehmende Herrschaft der Ökonomie über die Medizin ein zentraler Grund, warum unser Gesundheitswesen immer kränker wird und die Patienten trotz Fortschritten in der Medizin drohen, immer schlechter behandelt zu werden. Hinter dieser Ökonomisierung müssen die neoliberalen Agenden von Politikern wie alt Regierungsrat Buschor (New Public Management) und politische Ausrichtungen von Bundesrat und Parlament mit einbezogen werden. Gerade der Bundesrat orientierte sich in den letzten zwei Jahrzehnten eng an den Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die jedem Mitgliedsland auferlegt, immer weniger finanzielle Mittel in den Service public einfließen zu lassen. Diese WHO-Vorgabe zusammen mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik sind zentrale Gründe, weswegen immer weniger öffentliche Mittel (Steuergelder) in das Gesundheitswesen fliessen. So werden ganze Kantonsspitäler vollständig und Universitäts-spitäler teilprivatisiert. Was nach aussen liberal tönt, ist nichts anderes als Vorenthalten von verfassungsmässig zustehenden Geldern. •

Zeit-Fragen

Wochenzeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach
CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: Volksbank Tübingen, Konto-Nr. 67 517 005,
BLZ 641 901 10

A: Raiffeisen Landesbank, Konto-Nr. 1-05 713
599, BLZ 37 000

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2016 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Die USA vergiften das Klima in Europa

von Willy Wimmer



Willy Wimmer (Bild uk)

Bei den ganzen Hiobsbotschaften, die das Ergebnis der von Deutschland mitgetragenen Politik im globalen Massstab sind, könnte man über eine im Ergebnis verheerende Nachricht fast hinweglesen. Dennoch hat es das in sich, was man in den Tageszeitungen lesen konnte. Danach werden die USA ab dem nächsten Jahr eine Panzerbrigade und Tausende von Fahrzeugen und weiteres militärisches Gerät östlich von Deutschland in den Nato-Staaten zwischen der Russischen Föderation und Deutschland stationieren. Begründet wird dies mit der angeblichen Sorge der dortigen Nato-Mitgliedsstaaten vor einer russischen Aggression, die ausser diesen Staaten niemand so recht auf dem Kontinent sehen kann.

Endpunkt einer seit 1992 zielgerichteten amerikanischen Politik, die auf eine erneute Spaltung des Kontinentes zielt

Natürlich haben alle Nato-Staaten darauf gesetzt, dass über den Maidan-Putsch nicht nur die damalige ukrainische Regierung fallen würde. Damit wäre es den USA möglich geworden, ihre seit mehr als einem Jahrzehnt offen deklarierte Politik, die auf eine erneute Spaltung Europas ausgerichtet ist, umzusetzen. Da spätestens seit dem öffentlich und unter Einschluss berühmter und kompetenter deutscher Kliniken durchgezogenen Spektakel um die popfragende ukrainische Oligarchin Julia Timoschenko klar war, worauf die USA in der Ukraine zielten, haben unsere östlichen Nachbarn auf das aus ihrer Sicht richtige Pferd gesetzt. Das hat die Bundesregierung selbstredend auch fertiggebracht.

Die in der Folge des Maidan-Putsches beabsichtigte Beseitigung der russischen Ma-

rinepräsenz auf der Krim zwecks Kappung der Versorgung für Syriens Präsident Assad und die Beseitigung substantieller Rechte der russischsprachigen Minderheit in der Ukraine erwies sich mit schrecklichen Konsequenzen für die Bewohner der Ost-Ukraine als der «berühmte Schuss in den Ofen».

Die markigen Worte aus den baltischen Staaten und aus Polen in Richtung Moskau wurden in dieser Zeit nur noch von den noch deutlicheren Sprüchen hoher deutscher Nato-Offiziere in Richtung Moskau ausgestochen. Das Klima war aber nachhaltig auf Krawall gebürstet, und man hatte aus Kreisen der Nato die psychologische Grundlage für eine ausreichende Selbst-Bedrohung geschaffen. Damit wurde atmosphärisch begründet, was heute Grundlage für die amerikanische Truppen-Stationierung ist.

Die USA unterlaufen konsequent die Vereinbarungen aus dem «Zwei-plus-Vier-Vertrag» in Deutschland

Diese angekündigte Truppenstationierung schliesst ein Kapitel ab, das uns in Deutschland ganz unmittelbar betrifft. Alle Konsequenzen aus der Geschichte seit Napoleon hatten uns Deutsche bewogen, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nur deutsche Truppen stationiert zu sehen. Unter keinen Umständen sollte die antagonistische Situation, die für den Kalten Krieg so massgeblich gewesen war, fortgesetzt werden. Das dichte Geflecht vertraglicher Verbindungen und nicht die militärische Dominanz sollte Europa bestimmen. Es sollte nicht zu einer Präsenz von alliierten Nato-Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR kommen.

Deutschland war noch nicht wiedervereint, als aus den verbündeten Streitkräften heraus alle möglichen Versuche unternommen worden sind, diese Bestimmungen zu unterlaufen. Sichtbar wurde dieses Bemühen spätestens zu dem Zeitpunkt, als wegen des Krieges in Afghanistan der Flughafen Leipzig – es musste gerade Leipzig sein – zum

Drehkreuz für den amerikanischen Truppeneinsatz in Afghanistan werden musste.

Heute ziehen die Kolonnen vorwiegend amerikanischer Verbände gen Osten auf die Truppenübungsplätze in den östlichen Bundesländern, als gäbe es nicht in Grafenwöhr und an anderer Stelle ausreichenden Übungsraum für die globalen Muskel- und Kriegsspiele der USA. Der «Zwei-plus-Vier-Vertrag» soll nach Kräften aufgeweicht und in sein Gegenteil gegenüber einer vertragsbezogenen Politik gegenüber Russland verkehrt werden.

150 Kilometer vor St. Petersburg – Leningrad rückt wieder ins Blickfeld

St. Petersburg blickt nach Europa. Der Blick nach Westen ist heutzutage keinesfalls erfreulich. Amerikanische Panzer stehen heute gleichsam vor den Toren der zweitwichtigsten Stadt Russlands wie vor Jahrzehnten sowjetische Raketen auf New York gerichtet waren. Da spielt es schon fast keine Rolle mehr, was in bezug auf zu unterlassende westliche Truppenstationierungen zwischen der Nato und der Russischen Föderation in besseren Zeiten einmal vereinbart worden war.

Die USA haben alles getan, die Dinge in Europa sich hochschaukeln zu lassen. Warum soll man in Moskau die seit 1992 ausgesandten westlichen Signale nicht so deuten, wie man es in Moskau für richtig hält?

Heute kann man in Deutschland mit Fug und Recht davon ausgehen, dass die USA gut 25 Jahre benötigt haben, Gräben in Europa wieder auszuheben und Mauern entstehen zu lassen. Der Nato-Vertrag, der ohne die inzwischen eingetretene militärische Integration, die erst nach der Gründung der Nato umgesetzt worden ist, die beiderseitige Anknüpfung der atlantischen Gegenküsten zum Gegenstand hatte, wurde durch die USA ohne die Zustimmung der Völker der Vertragsstaaten seinem Vertragszweck zweckentfremdet.

Alle, auch die Deutschen, haben der Nato als Verteidigungsbündnis zugestimmt. Das

hat das Bundesverfassungsgericht in seinem berühmten «Tornado-Urteil» des Jahres 2007 ausdrücklich festgehalten. Die Ausprägung der Nato als globales Angriffsbündnis ist vom Willen des deutschen Volkes keinesfalls gedeckt, und es gibt keine dafür erforderliche Zustimmung des Deutschen Bundestages.

Es ist überfällig, wenn die Bundesregierung und der Generalbundesanwalt den täglichen Rechtsbruch auf deutschen Strassen anprangern. Vorzuziehen wäre es allerdings, konsequent und ohne Ansehen der Blickrichtung dagegen vorzugehen. Noch besser wäre es allerdings, in Zusammenhang mit den Nato-Kriegen das Völkerrecht und die eigene Verfassung zu respektieren und die völkerrechtswidrigen amerikanischen Einsätze nicht mitzumachen.

Diese Politik führt uns wieder in die schrecklichen Bilder des Zweiten Weltkrieges. Ist das unsere Politik gegenüber einem Nachbarn, dem wir mehr als vielen anderen die Wiedervereinigung Deutschlands verdanken können? Einem Nachbarn gegenüber, der nachweisbar seit der Zeit vor dem Ende des Kalten Krieges auf das Völkerrecht, die friedliche Beilegung von Konflikten und den Frieden setzt. Ganz anders als die USA, an die wir mehr und mehr gekettet sind und die sich zu unserem übergrossen Entsetzen in der Zerstörung des Völkerrechts und dem Führen von Kriegen hervortun.

Das amerikanische Verhalten gegenüber den Nato-Verbündeten und der Russischen Föderation erinnert mehr, als uns lieb sein kann, an den alten römischen Satz über Karthago.¹ In der Konferenz von Bratislava im Mai 2000 haben die USA ihre Sicht deutlich gemacht. Danach scheint es darum zu gehen, Moskau zu zerstören, weil es Moskau gibt. Wir haben es wieder weit gebracht.

¹ Dem römischen Staatsmann Cato Censorius (234–149 v. Chr.) wird die Aussage zugeschrieben: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam. (Im übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss.) [Anm. der Redaktion]

Nato-Angriffskrieg – 17 Jahre danach

Diskussionsforum zum Gedenken der Opfer

von Belgrade Forum for a World of Equals

Am 23. März 2016 fand in Belgrad ein Diskussionsforum statt, das dem Gedenken der Opfer des Nato-Angriffskrieges gegen Serbien (bzw. der Bundesrepublik Jugoslawien) gewidmet war, welcher an diesem Tag vor 17 Jahren entfacht wurde. Das Diskussionsforum war vom Belgrade Forum for a World of Equals, vom Verein serbischer Generäle und Admirale, von SUBNOR in Serbien (Vereinigung der Kriegsveteranen) und vom serbischen Verein der Gastgeber organisiert worden. Das Diskussionsforum wurde besucht von Studentenvertretern, von Vertretern der serbischen Diaspora, von Vladimir Chushev, Botschafter von Weissrussland und auch von Diplomaten der Botschaften der Russischen Föderation, der Volksrepublik China, der Republik Angola, der Schweiz und anderer befreundeten Länder.

Zu Beginn gedachten die Teilnehmer den 1008 Todesopfern der Verteidigung – Soldaten und Polizisten – sowie über 2500 getöteter Zivilisten, einschliesslich der 80 Kinder im Alter von einigen Monaten bis zum Jugendalter.

Die Teilnehmer wurden begrüsst von den Ehrengästen, Herrn Maksim Misko, Präsident der Friedensstiftung von Weissrussland, und Professor Dr. Zahari Zaharijev, Präsident der Stiftung «Slavyani» aus Bulgarien.

Unter dem Motto «Never to Forget» wurden Vorträge über die Folgen des Nato-Angriffskrieges und die Globalisierung des Interventionismus gehalten von Herrn Živadin Jovanović, Präsident des Belgrade Forums, General a.D. Dr. Radovan Radinović, Dr. Stanislav Stojanović, Diplomat, General a.D. Dr. Luka Kastratović und Professor Dr. Aleksandar Rastović, Historiker.

Wendepunkt in den internationalen Beziehungen

In ihren Kernaussagen hoben die Referenten hervor, dass der Nato-Angriffskrieg vor 17 Jahren einen Wendepunkt in den internationalen Beziehungen markierte, da die Verschiebung hin zu einem schrankenlosen mi-



Die Brücke von Varvarin wurde am 30. Mai 1999 schon beim ersten Anflug von zwei Nato-Jagdbombern F 16 vollständig zerstört. Der zweite Anflug kostete 10 Menschen das Leben und hinterliess 27 Schwerverletzte. (Bild zvg)

litärischen Interventionismus von seiten der USA und der Nato ein entscheidender Schritt war zur Implementierung der Nato-Strategie, sich nach Osten auszuweiten bis zur russischen Grenze. Dies beinhaltete auch die Militarisierung sowohl von Europa als auch auf internationaler Ebene, das Unterminieren des Systems der Vereinten Nationen und der Rechtsordnung, die auf der Grundlage des Ausgangs des Zweiten Weltkrieges festgelegt worden waren. Ihre Absicht war es, Chaos zu schaffen, damit ihre eigennützigen wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen leichter bedient werden konnten. Die Schlussfolgerung war, dass das Zeitalter der Dominanz der unipolaren Weltordnung vorbei ist, die internationalen Beziehungen in eine Phase bahnbrechender Veränderungen eingetreten sind und dass ein grosser Konflikt nur verhindert werden kann, wenn Russland und China als Partner auf gleicher Augenhöhe anerkannt werden und auch als unab-

dingbare Faktoren bei der Lösung sämtlicher schwerwiegenden internationalen Probleme akzeptiert werden.

Es wurde festgehalten, dass der internationale Terrorismus aus dem Nahen Osten, aus Zentralasien und Nordafrika rapide ansteigt, Europa überflutet und dass sich dieser Trend mit grosser Wahrscheinlichkeit in anderen Ländern und auf anderen Kontinenten ausbreiten wird. Diesen Trend aufzuhalten verlangt vom Westen und vor allem von den USA, ihre Politik der Doppelstandards aufzugeben und auf ihre Rangordnung von terroristischen Organisationen als «freiheitskämpferisch» vs. «terroristisch», oder als «moderat» vs. «extremistisch» zu verzichten.

Die 90er Jahre waren gekennzeichnet durch das Fehlen von politischem Willen, sich an die Entscheidungen des Sicherheitsrates zu halten und die terroristische UÇK im Kosovo und in Metochien nicht mehr weiter zu finanzieren, zu trainieren und zu bewaff-

nen. Niemand kümmerte sich darum zu verstehen, dass der Westen (Nato) die Sezession eines Teils des serbischen Staatsgebietes unterstützte und dies darauf hinauslief, dass Terrorismus und organisierte Kriminalität, welche auf Zentral- und Westeuropa abzielen, Fuss fassen konnten. Nun wird es höchste Zeit, dass der Westen versteht, dass er durch egoistische Interessen, unrealistische geopolitische Ziele, durch Russophobie und Serbophobie irregeleitet worden ist.

Warnend wurde geäussert, dass das Überschwappen des Terrorismus auf den Westen an Fahrt gewinnen würde, wenn nicht die Finanzierungskanäle, das Trainieren und Bewaffnen des IS umgehend beendet werden, wobei dies in erster Linie von der politischen Agenda der grössten westlichen Macht abhängt.

UN-Weltkonferenz über Terrorismus gefordert

Es wurde vorgeschlagen, dringend eine Weltkonferenz über Terrorismus unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu fordern, welche grünes Licht geben könnte für die Ausarbeitung eines internationalen Abkommens zur Bekämpfung des Terrorismus.

Die Teilnehmer des Diskussionsforums verurteilten einstimmig die Terrorangriffe in Belgien und die vorangegangenen in Frankreich aufs schärfste und brachten den Familien der unschuldigen Opfer dieser Angriffe ihre Anteilnahme zum Ausdruck.

Am Ende der Veranstaltung befürworteten die fast 200 teilnehmenden Vertreter unabhängiger, überparteilicher Vereinigungen die Initiative, bei der Regierung der Republik Serbien den Antrag zu stellen, in Zukunft jeden 24. März als Jahrestag zu begeben, indem die nationalen Flaggen bei allen offiziellen Institutionen auf Halbmast gesenkt werden, zum Zeichen des Gedenkens und der Ehrung der Opfer des Nato-Angriffskrieges.

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Zwei Arten von Politik

von Karl Müller

Zwei Vorgänge der vergangenen Tage zeigen, dass Politik nicht «alternativlos» ist, sondern ernsthafte und gute Alternativen denkbar und möglich sind.

Die eine Art von Politik demonstrierte der mediale und politische Umgang mit den sogenannten «Panama Papers». In der Tat gibt es Menschen überall auf der Welt, die verschlungene Wege suchen, um ihren Staaten Steuern zu entziehen, illegal erworbenes Geld zu waschen oder andere kriminelle Geschäfte zu tätigen. Von daher ist die Auswertung von Daten über Briefkastenfirmen im rechtsstaatlichen Rahmen wichtig.

Vorantreiben des neuen Kalten Krieges ...

Man stolperte allerdings über die ersten Aufmacher der Zeitung, die das Material für die deutschen Leser aufbereitete. Auf der Titelseite der Zeitung und dann auch weiter hinten auf gleich zwei Seiten wurde mit Bildgestaltung und Titelgebung unterstellt, im Zentrum aller kriminellen Machenschaften stehe der Präsident der Russischen Föderation, *Wladimir Putin*. Dem entspricht die Cover-Gestaltung des zeitgleich erschienenen Buches der Zeitungsredakteure. Und genauso war es auch bei der zeitlich parallel berichtenden britischen Tageszeitung.

Das haben auch andere so wahrgenommen, zum Beispiel der schon früher durch Querdenken aufgefallene ehemalige britische Botschafter in Usbekistan, *Craig Murray*. In einer von den deutschen «Nachdenkseiten» (www.nachdenkseiten.de) übersetzten Stellungnahme von Murray war zu lesen:

«Leider hat der Whistleblower, dem wir die Dokumente zu verdanken haben, [...] den schrecklichen Fehler gemacht, sich an die westlichen Massenmedien zu wenden, um die Daten zu publizieren. So kommt es, dass die erste «grosse Story», die heute im «Guardian» im Zusammenhang mit den «Panama Papers» publiziert wurde, sich ausschliesslich um Wladimir Putin und einen betrügerischen Cellospieler dreht.» *Craig Murray* fragt sich, warum «man sich derart auf Russland» konzentriert. «Die russischen Vermögen sind doch nur ein kleiner Teil des Geldes, das mit Hilfe von *Mossack Fonseca* versteckt wird. In der Tat sieht es eher danach aus, dass die äusserst selektive Berichterstattung selbst stinkt.»

LESER  BRIEF

Eine Schneise zwischen China und Europa

Mit zwei überaus breit analysierenden Beiträgen wendet sich *Zeit-Fragen* am 29.3.2016 an die Leser. Es gelingt, auf Grund dieser Beiträge ein wenig Ordnung in vorgefasste Sichtweisen über den Syrien-Krieg zu schaffen. Wenn man die Gesamtweltlage anschaut, müsste nun ein weiterer Beitrag aus der Sicht eines chinesischen Kommentators folgen. China ist auf der Weltbühne ein Player, den man nicht mit lächerlichen vordergründig ökologischen Argumenten oder mangelnder Einhaltung der Menschenrechte etikettenmässig abtun kann. *Zeit-Fragen* hat bereits die gewachsene partnerschaftliche Kooperation zwischen Russland und China dargestellt. China hilft den afrikanischen Entwicklungsländern mit dem Bau von Infrastrukturprojekten. China treibt Handel mit Europa, auf der Basis einer ausgeglichenen Kooperation. China war (daher?) einer der Hauptfaktoren für den Syrien-Krieg: Es musste eine Schneise zwischen China und Europa geschlagen werden. Es durfte in den Augen der Kriegstreiber nicht sein, dass China auf der Weltebene deutlicher Fuss fasst als bisher. Doch die Zeiten ändern sich. Wer nicht anständig mit China kooperiert, auf allen Ebenen, hat die Zeichen der Zeit nicht gesehen – selbst ein Krieg gegen China, im Pazifik zum Beispiel, wird die blinden Akteure ins Verderben führen. Sie haben heute noch die Wahl.

Dr. phil. Barbara Hug

Craig Murray findet diese Stossrichtung aber auch nicht überraschend: «Die Auswertung und Veröffentlichung der Daten wird vom «Internationalen Konsortium investigativer Journalisten» vorgenommen, einer Gruppe, deren Name bereits pompös und lächerlich klingt. Das ICIJ wird finanziert und betrieben vom amerikanischen «Center for Public Integrity». Unter den Unterstützern und Finanziers dieses Instituts findet man Namen wie *Ford Foundation*, *Carnegie Endowment*, *Rockefeller Family Fund*, *W. K. Kellogg Foundation*, *Open Society Foundation* (*Soros*).

Da rechnen Sie mal lieber nicht mit einer schonungslosen Offenlegung des westlichen Kapitalismus. Die dreckigen Geheimnisse der westlichen Unternehmen werden auch weiterhin verschlossen bleiben. Erwarten Sie lieber Schüsse in Richtung Russland, Iran und Syrien und einige kleinere «Alibischüsse» auf kleinere westliche Länder wie Island.»

Als sicher darf man annehmen, dass derartige Aktionen das Verhältnis des Westens zu Russland nicht verbessern werden. Ist es denn übertrieben, wenn man sagt, solche Manöver sind ganz offensichtlich Bestandteil eines neuen Kalten Krieges, dem es nicht um Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern um den Sieg in einem Machtkampf geht?

... oder Suche nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit?

Die Menschen im Nahen Osten wissen aus hautnaher Erfahrung, wie kalte in heisse Kriege münden. Um so wertvoller ist ein Zeitungsbeitrag von *Seyed Hossein Mousavian*, der zeigt, dass es auch eine andere Art von Politik geben kann. *Seyed Hossein Mousavian* war von 1990 bis 1997 iranischer Botschafter in Bonn, von 2003 bis 2005 Sprecher der iranischen Delegation bei den Atomverhandlungen. Seit 2009 ist er Gastprofessor an der Princeton University. In einem Gastbeitrag für die «Frankfurter Allgemeine Zeitung» vom 4. April 2016 machte er Vorschläge für eine Befriedung des Nahen Osten und eine Konzentration der Kräfte auf eine Bekämpfung des Terrorismus. Schon die drei einleitenden Sätze des Beitrags sind programmatisch: «Im Nahen und Mittleren Osten breitet sich eine Ideologie des Terrors aus. Die Region steht vor dem totalen Kollaps. Nur Kooperation kann sie bewahren.» Der iranische Ex-Politiker kommt auf eines der Grundprobleme der Region zu sprechen, den «Konflikt zwischen Saudi-Arabien, einer sunnitischen Führungsmacht, und Iran, einer schiitischen Führungsmacht, der Bürgerkrieg und Konfessionalismus miteinander verwoben hat».

Sein Lösungsvorschlag ist nicht der Kampf zwischen beiden Mächten um den Sieg, son-

dern die dringende Forderung, es müsse «ein Mechanismus der regionalen Zusammenarbeit geschaffen werden, der die regionale Sicherheit wiederherstellt». Konkret: «Am Persischen Golf [...] muss ein System der regionalen Sicherheit geschaffen werden, das die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) sowie die Integration Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zum Vorbild hat.»

Gutnachbarschaftliche Beziehungen

Bis 2005 habe es ein Sicherheitsabkommen zwischen Saudi-Arabien und Iran gegeben. Das müsse wieder in Kraft gesetzt werden: «Das Abkommen hat gezeigt, dass gute nachbarschaftliche Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Iran möglich sind.» *Seyed Hossein Mousavian* selbst war an den Verhandlungen zur Annäherung zwischen Teheran und Riad beteiligt, auch an der Umsetzung des Sicherheitsabkommens, und schildert seine damaligen Erfahrungen: «Mitte 1996 hatte mich der damalige iranische Staatspräsident *Haschemi Rafsandschani* beauftragt, mit der saudischen Regierung Gespräche zu führen. Ich verhandelte mit dem damaligen saudischen Kronprinzen *Abdallah* in Casablanca und in Dschidda. Wir behandelten in einer offenen, freimütigen und ernst gemeinten Aussprache alle Themen, die zwischen uns standen. Keiner von uns wollte streiten, jeder wollte Lösungen. Wir einigten uns auf ein umfassendes bilaterales Paket zur Zusammenarbeit auf den Gebieten Politik, Sicherheit und Wirtschaft.»

Das Ergebnis: «König *Fahd* stimmte dem Paket zu, in Teheran stimmten Revolutionsführer *Ali Chamenei* und Präsident *Rafsandschani* ebenfalls zu. *Hassan Rohani*, der damals als Generalsekretär dem Nationalen Sicherheitsrat vorstand, und der damalige saudische Innenminister *Nayef Bin Abdalaziz Al Saud* unterzeichneten das Sicherheitsabkommen. Umgehend wurde es mit Leben erfüllt, und ein Gemeinsames Sicherheitskomitee wurde eingerichtet. Als Folge erlebten Saudi-Arabien und Iran von 1996 bis 2005, als *Mahmud Ahmadineschad* zum Präsidenten gewählt wurde, die beste Ära in den bilateralen Beziehungen seit der iranischen Revolution von 1979. Teilweise waren sie sogar besser als unter dem Schah.»

Grund genug für *Seyed Hossein Mousavian* zu fordern: «Mehr als ein Jahrzehnt später sollten wir diese Zusammenarbeit wieder pflegen. In Iran sind die Voraussetzungen dafür günstig. Wie 1996 führen heute *Chamenei* und *Rohani*, der heute Präsident ist, Iran. In Saudi-Arabien ist eine ähnliche Einstellung wie unter dem damaligen Kronprinzen *Abdallah* gefragt. Er hatte flexibel ver-

handelt, er orientierte sich an Prinzipien und nicht an maximalistischen Positionen.»

Seyed Hossein Mousavian schliesst seinen Beitrag mit dem Hinweis auf den Vorteil, den beide Länder, sowohl Iran als auch Saudi-Arabien, von einem solchen Abkommen haben würden; denn beide Mächte haben ein ureigenes Interesse an Stabilität in der Region: «Die Stabilität und Integrität Saudi-Arabiens und anderer arabischer Nachbarstaaten Irans am Persischen Golf sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheit und Stabilität Irans. Saudi-Arabien sollte daher ein Interesse an einer Zusammenarbeit mit Iran haben. Es ist an der Zeit, dass Riad und Teheran zur Schaffung einer regionalen Sicherheitsstruktur am Persischen Golf zusammenarbeiten. Dabei sollten sie sich auf die Fragen von gemeinsamem Interesse konzentrieren und den Nahen und Mittleren Osten vor dem totalen Kollaps bewahren. Der Weg nach vorn sollte auf Kooperation basieren, nicht auf Konfrontation.»

Europa kann kein Interesse haben an einem neuen Kalten Krieg

Ist die Situation in Europa denn so viel anders? Wer hat ein Interesse an einem neuen Kalten Krieg auf dem eurasischen Kontinent, wenn man zugleich die Alternativen bedenkt: Gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen allen Staaten Europas, Russland mit eingeschlossen, eine Win-win-Situation für alle Beteiligten in den Wirtschaftsbeziehungen, noch gar nicht absehbare Vorteile durch die Verwirklichung des Projektes der «Neuen Seidenstrasse». Und vor allem: Keine Kriegsgefahr mehr, der Alptraum von Millionen von Menschen im Westen und im Osten Europas würde ein Ende finden.

Am 6. April haben die Niederländer mit 62 Prozent Mehrheit der Abstimmenden gegen den von der EU ausgehandelten Assoziierungsvertrag mit der Ukraine gestimmt. Die Gründe für dieses eindeutige Ergebnis des Bürgerwillens sind vielfältig. Einer ist der Wunsch, eine weitere Konfrontation zwischen West und Ost verhindern zu wollen. So lange die Politik unserer Länder einen anderen Weg beschreitet, folgt sie nicht dem Bürgerwillen und auch nicht den Interessen Europas. Der Beitrag aus Iran zeigt, wie die Alternative aussehen kann. Das würde dem Willen der Menschen entsprechen – überall auf der Welt. Wohl entlarvend ist hingegen, wenn *Jean Asselborn*, der Aussenminister Luxemburgs, nach der Abstimmung in den Niederlanden findet, Volksabstimmungen seien «kein geeignetes Instrument in einer parlamentarischen Demokratie, um komplexe Fragen zu beantworten» («Hannoversche Allgemeine Zeitung» vom 9.4.2016).

Denkfabriken – die unsichtbare Macht

William F. Engdahl – Autokratische Strukturen gefährden Demokratien



Buch *rt. Eine kompakte Zusammenfassung internationaler Netzwerke und ihrer «Denkfabriken», die in die Politik eingreifen, bietet die Darstellung von William F. Engdahl, «Die Denkfabriken. Wie eine unsichtbare Macht Politik und Mainstream-Medien manipuliert». Engdahl ist ein ausgewiesener Experte im Bereich geopolitischer Analysen. Er analysiert unabhängig vom Mainstream und greift immer wieder umstrittene Themen wie zum Beispiel Gentechnik oder Währungspolitik auf.*

In historisch-systematischer Weise analysiert *Engdahl* verschiedene Denkfabriken und die dahinterstehenden Akteure, die seit Jahrzehnten Entscheidungen über Krieg und Frieden massgeblich beeinflussen. In den vergangenen 20 Jahren sind die Publikationen und Belege über die Mechanismen und Zusammenschlüsse, mit denen weltweit wichtige politische Entscheide ausserhalb jeder demokratischen Legitimation von einer kleinen Elite gefällt werden, so zahlreich und überzeugend, dass eine öffentliche Debatte ins Rollen gekommen ist. Treffen der «Bilderberger», der «Trilateralen Kommission» oder auch der «At-

lantikbrücke» wurden sowohl fortlaufend dokumentiert wie auch in ihren Auswirkungen kritisch ausgewertet, so dass eine objektive Darstellung möglich geworden ist. Auch die historische Entwicklung dieser Einrichtungen konnte inzwischen nachgearbeitet werden.

William Engdahl kommt das Verdienst zu, die aktuellen Vereinigungen und Stiftungen in ihrer Geschichte darzustellen. Ausgehend von den anglo-amerikanischen Machteliten haben sich ihre Vernetzungen bis heute Einfluss auf die aktuelle Politikgestaltung bewahrt. Eingehend werden auch Stiftungen beschrieben, durch die direkt in die Politik eingegriffen wird. Dabei werden auch solche Stiftungen analysiert, die sich vordergründig dem Umweltschutz verschrieben haben, real aber machtpolitische Ziele verfolgen (*Aspen Institute*). *Engdahl* beschreibt ausführlich verschiedene Einrichtungen und ihre Geldgeber, wie zum Beispiel das *European Council on Foreign Relations*, *Chatham House*, *Center for a New American Security*, *German Marshall Fund*, *Atlantic Council*, *PNAC*, *RAND-Cooperation*. Auch einzelne Personen wie *George Soros*, *David Rockefeller*, *Zbigniew Brzezinski*, aber auch aktuelle Politiker – auch europäische – werden von *Engdahl* in ihren Verflechtungen beschrieben.

Engdahls Veröffentlichung impliziert die Forderung nach Transparenz und Demokratisierung dieser Einrichtungen. Gerade in Zeiten eines möglichen atomaren Overkills können Entscheidungen aus kleinen Geheimzirkeln, die weltweite Auswirkungen haben, nicht mehr toleriert werden.

Engdahl, William. Die Denkfabriken. Wie eine unsichtbare Macht Politik und Mainstream-Medien manipuliert. Kopp-Verlag, Rottenburg 2015. ISBN 978 3 86445 216 1



Schweizer Armee – Marschhalt und zurück zum verfassungsmässigen Auftrag!

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

In der Frühjahrssession wurden im Parlament zwei militärpolitische Entscheide gefällt, die einer baldigen Nachbesserung bedürfen. Zum einen hat der Nationalrat am 10. März eine Motion der SVP «Austritt aus dem Nato-Programm Partnership for Peace (PfP)» ohne Diskussion (!) abgelehnt.¹ Zum anderen wurde die sogenannte «Weiterentwicklung der Armee (WEA)» nach längeren Debatten in der Schlussabstimmung vom 18. März sehr deutlich angenommen.² Nach diesen Entscheidungen tut eine Rückbesinnung auf die Grundpfeiler der schweizerischen Sicherheitspolitik not: die immerwährende bewaffnete Neutralität und den verfassungsmässigen Auftrag der Armee zur Verteidigung von Land und Bevölkerung (Art. 58 Absatz 2 der Bundesverfassung). Zur Problematik der Schweizer Beteiligung an der PfP nimmt Nationalrat Adrian Amstutz eindeutig Stellung. Gegen die WEA hat ein Bürgerkomitee um die «Gruppe Giardino» das Referendum ergriffen; Ablauf der Referendumsfrist ist am 7. Juli.

Was hat die neutrale Schweiz im Nato-Programm

«Partnership for Peace» zu suchen?

Hinter dem Rücken des Souveräns – das heisst ohne den Beschluss dem Referendum zu unterstellen! – trat der Bundesrat 1996 der PfP bei, einer von der Nato geschaffenen und unter ihrem Kommando stehenden Organisation für Nicht-Nato-Länder.

Aus der Begründung des Bundesrates: «Ziel von PfP ist es, Frieden, Demokratie und Sicherheit in Europa zu stärken und gemeinsam Antworten auf aktuelle Bedrohungen zu suchen. Durch Kooperation soll Vertrauen und Transparenz im sensiblen Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik geschaffen werden.»³ [Hervorhebung d. Verf.]

Die neutrale Schweiz soll mit der Angriffskriegsmacht Nato – unter dem Kommando der USA oder Deutschlands oder welcher ausländischen Macht auch immer – «gemeinsam Antworten auf aktuelle Be-

drohungen suchen»? Das ist dicke Post, Damen und Herren Bundesräte! Solchen Ansinnen entgegnet die Motion 14.3746 im Klartext: «[...] PfP ist eine von der Nato ins Leben gerufene Institution und hat zum Ziel, die sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit zu intensivieren. Gemäss Bundesrat ist PfP mit der Neutralität vereinbar, da die Schweiz im Falle eines Konfliktes nicht verpflichtet sei, den Nato-Staaten militärisch beizustehen. Die Politik der Nato zeigt jedoch mehr und mehr, wie stark die PfP-Anbindung das Prinzip und die Glaubwürdigkeit unserer Neutralitätspolitik untergräbt.»

Um ein klareres Bild der Schweizer PfP-Aktivitäten zu erhalten, lohnt sich ein Blick ins «Übungsprogramm 2016 für die militärische Ausbildungszusammenarbeit»: «Das Übungsprogramm enthält die Teilnahme der Luftwaffe an den multinationalen Übungen Tiger Meet, Jawtex, Nightway und Tactical Leadership Programme sowie

an einem Umschulungskurs für PC-21-Piloten. Dazu kommen die Teilnahme an einer Übung zum Thema der Unterstützung ziviler Behörden in Österreich, Winter- und Gebirgsübungen in den USA und in Schweden, mehrere kurze Kurse für Schützen, Patrouilleure und Aufklärer mit benachbarten Staaten und Kurse der Spezialeinheiten zusammen mit einzelnen ausländischen Partnern. [...] Die Übungen mit Schweizer Teilnahme finden in den nordischen Staaten, Deutschland, Litauen, Österreich, Spanien, den USA und in der Schweiz statt.» (Medienmitteilung des Bundesrates vom 17.2.2016, Auszüge)

Dazu nimmt Nationalrat Adrian Amstutz im folgenden Interview Stellung.

¹ Motion 14.3746

² Im Nationalrat mit 143 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen bei 39 Enthaltungen, im Ständerat einstimmig

³ http://www.pfp.admin.ch/internet/partnership_for_peace

«Die Schweiz ist quasi Teil der Nato-Grossmanöver»

Interview mit Nationalrat Adrian Amstutz, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates (SiK-NR) und Fraktionspräsident der SVP



Nationalrat Adrian Amstutz (Bild zvg)

Zeit-Fragen: Am 17. Februar hat der Bundesrat das «Übungsprogramm für die internationale militärische Zusammenarbeit 2016» genehmigt. Heisst das, dass die Schweiz über die sogenannten Friedensmissionen (zum Beispiel Swis-scoy im Kosovo) hinaus in weitere Nato-

Programme eingebunden ist?

Adrian Amstutz: Ja, die mit Partnership for Peace (PfP) bestehende Verbindung zur Nato beinhaltet neben der Teilnahme an friedenserhaltenden und friedensschaffenden Missionen der Nato auch die Teilnahme an gemeinsamen Truppenübungen. Das Ausmass der Zusammenarbeit kann von jedem an PfP teilnehmenden Staat selbst bestimmt werden. Von einer «Einbindung in weitere Nato-Programme» – wie Sie es nennen – ist bei gemeinsamen Übungen offiziell nicht die Rede, im Ergebnis haben

«Zuerst lud das VBS in jenem Jahr die Russen von der Air-14-Flugshow in Payerne aus, und nahm anschliessend an einer Nato-Übung teil, welche inoffiziell eine Machtdemonstration gegenüber Russland war.»

Nationalrat Adrian Amstutz

Sie jedoch recht. Mit der Regelmässigkeit, mit der die Schweiz an solchen Übungen teilnimmt, ist die Schweiz quasi Teil der Nato-Grossmanöver. Bereits im vergan-

genen Jahr trainierte die Schweizer Luftwaffe im hohen Norden. Im Rahmen des «Arctic Challenge Exercise 2015» nahm die Schweiz an Pfingsten 2015 an einem Grossmanöver westlicher Streitkräfte über Skandinavien teil. Neutralitätspolitisch war dies aus Sicht der SVP nicht zu verantworten. Zuerst lud das VBS in jenem Jahr die Russen von der Air-14-Flugshow in Payerne aus und nahm anschliessend an einer Nato-Übung teil, welche inoffiziell eine Machtdemonstration gegenüber Russland war. Aus Sicht der SVP hat unsere Armee an solchen Übungen nichts verloren.

Eine der multinationalen Übungen, an denen sich die Schweizer Armee dieses Jahr beteiligen soll, ist Jawtex (siehe Kasten). Wie glaubwürdig ist die Beteuerung des Bundesrates, die Schweiz werde von aussen immer noch als neutral wahrgenommen?

Bereits im Jahr 2014 hat die Schweiz – zusammen mit anderen Nationen – an der Grossübung der deutschen Bundeswehr [gemeint ist Jawtex] teilgenommen. Dieses Jahr ist die nächste Übung geplant, gemäss Mitteilung des VBS wird die Schweizer Armee an dieser Übung teilnehmen. In welchem Rahmen sie dies tun wird und mit welchem Auftrag, ist für die SVP nicht relevant. Zentral ist, dass es keinen militärischen oder ausbildungstechnischen Grund gibt, an dieser Übung teilzunehmen. Aus Sicht der SVP sollte sich die Schweizer Armee nur dann ins Ausland begeben, um eigenes Material zu testen, weil dies aus geografischen oder aus Gründen von Lärm- oder Umweltschutz in der Schweiz nicht möglich ist. Gemäss Bundesverfassung «dient die Armee der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine

Bevölkerung» (Art. 58 Abs. 2 BV). Die erwähnte Übung mit der Bundeswehr hat bestimmt nicht friedenserhaltende Massnahmen zum Ziel, was ein Blick auf die Übung 2014 zeigt.

Ist etwas dagegen geplant?

Ich werde in der Sommersession dem Bundesrat eine entsprechende Frage vorlegen und erläuternde Erklärungen verlangen.

Herr Nationalrat Amstutz, vielen Dank für das Gespräch.

(Interview Marianne Wüthrich)

Nato-Kriegsmanöver Jawtex – die Schweizer Armee unter deutschem Kommando

mw. Eines der Projekte aus dem reichbefrachteten «Übungsprogramm 2016 für die militärische Ausbildungszusammenarbeit» des Bundesrates ist Jawtex (Joint Air Warfare Tactical Exercise), bei dem Schweizer Truppen bereits vor zwei Jahren dabei waren. Nationalrat Adrian Amstutz spricht im Interview Klartext: «Neutralitätspolitisch» ist die Beteiligung der Schweiz an solchen Nato-Grossmanövern «nicht zu verantworten». Denn Jawtex 2014 – und es ist anzunehmen, auch Jawtex 2016 – ist ein Kriegsmanöver, das in Ost- und Norddeutschland stattfindet und Richtung Osten gerichtet ist: «Die Übung wird praktisch im gesamten Norden und Nord-Osten der Bundesrepublik durchgeführt. [...] Von Köln aus beteiligt sich die Luftwaffe mit einem A-310-Tanker, die Nato stellt aus Geilenkirchen das fliegende Überwachungssystem AWACS zur Verfügung, welches während des Übungszeitraumes von Oerland (Norwegen) aus fliegt.» So ist auf der Homepage der deutschen Bundeswehr zu lesen. (www.luftwaffe.de)

Auch für unser grosses Nachbarland im Norden ist Jawtex ein grosskalibri-

ges Unterfangen: «Es ist die Schwerpunktübung der Bundeswehr für das Jahr 2014: Jawtex 2014 [...] eine Übung in einer Grössenordnung, wie sie in Deutschland nur noch selten stattfindet [...]: Fast 4500 Übungsteilnehmer, mehr als 800 davon werden durch elf Partnernationen gestellt. Neben Deutschland beteiligen sich die Niederlande, Italien, Frankreich, Finnland, Slowenien, Griechenland, Österreich, Schweiz, Türkei, Ungarn und die USA. Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Übung liegen in der Verantwortung des Zentrum Luftoperationen in Kalkar, das neben dem Exercise Director (Leiter der Übung) auch wesentliche Teile des Planungsstabes stellt.» (www.luftwaffe.de)

Und an diesen Nato-Kriegsspielen unter dem Kommando des deutschen «Exercise Director» soll sich die neutrale Schweiz ein weiteres Mal beteiligen? Nationalrat Adrian Amstutz wird in der Sommersession (im Juni 2016 wird Jawtex stattfinden) vom Bundesrat eine Erklärung dazu verlangen – da werden wir uns aber nicht mit nebulösen Allgemeinplätzen abspesen lassen.

Überlegungen zur Schweizer Armee aus staatsrechtlicher Sicht

mw. Gemäss Bundesverfassung (BV Art. 58) und auch aus neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen muss die Schweiz eine Armee haben, die fähig ist, das Land und die Be-

«Die Neutralität geniesst grossen Rückhalt im Volk. Sie hat über Jahrhunderte zum Zusammenhalt der Eidgenossenschaft wesentlich beigetragen. Die Neutralität ist Teil der Tradition, der Geschichte und des Selbstverständnisses unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger.» («Die Neutralität der Schweiz», Informationsbroschüre des VBS, in Zusammenarbeit mit dem EDA, 4. Auflage)

völkerung gegen Angriffe – welcher Art auch immer – zu verteidigen. Nach dem Urteil von Fachleuten ist dies heute nicht der Fall.

Dazu Gruppe Giardino: «Heute – 70 Jahre nach dem dramatischen Sommer 1940 – befindet sich die Armee wiederum in einer gefährlichen Lage. Die Analogien zur Zeit des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges sind erschreckend. Ja, der Zustand unserer Armee ist heute schlimmer als vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Damals hatte noch mindestens jede Formation die nötige Grundausrüstung (mit Ausnahme der Flugwaffe) und die Armee konnte mindestens mobilisieren.» (gruppe.giardino.ch, Ausgangslage) Erinnern Sie sich an die Verschrottung von 365 Schützenpanzern, die

man nach Meinung von Fachleuten nur hätte überholen müssen!¹

Jedem denkenden Bürger ist klar: Die Schweiz braucht eine einsatzfähige Armee. Warum reichen 5 Milliarden Franken pro Jahr nicht, um 200 000 oder 400 000 Soldaten auszurüsten? Nun, das umfangreiche Programm von Partnership for Peace PfP-Kriegsübungen im Ausland und die Durchdiener im Kosovo und anderswo kosten natürlich einiges mehr als die zwei oder drei Wochen WK (Wiederholungskurse) im Inland. Und während die Armee im Inland sparen muss, soll im Ausland zugelegt werden: «Die Ressourcen für die Friedensförderung im Ausland sollen, wie im Armebericht ausgeführt, erhöht werden. Dazu

strebt der Bundesrat eine Aufstockung dieser Truppen an. Geprüft wird zudem die bessere Mobilität dieser Truppen durch Lufttransportmittel. Eine intensivere internationale Kooperation ist neben der Friedensförderung bei der Ausbildung und Rüstung zu prüfen.»²

Das Volk habe ja die Auslandseinsätze gewollt, heisst es in Bundesbernen. Aber nicht auf Kosten der Landesverteidigung! Das Schweizervolk hat zwar am 18. Mai 2003 ja gesagt zu folgender Ergänzung des Armeeauftrags: «Sie [die Armee] leistet Beiträge zur Friedensförderung im internationalen Rahmen.» (Militärgesetz Art. 1 Abs. 4)

Fortsetzung auf Seite 6

Es braucht dringend eine glaubhafte Alternative zur EU

von Dieter Sprock

Man mag bezüglich der Abstimmung über das EU-Assoziationsabkommen mit der Ukraine in den Niederlanden denken, was man will. Das Ergebnis ist eindeutig: Ein Misstrauensvotum gegenüber der EU! Damit hat die niederländische Bevölkerung nach dem Nein zur EU-Verfassung 2005 auch die zweite Möglichkeit, über eine Sachvorlage abzustimmen, dazu genutzt, ihrer Unzufriedenheit mit der EU-Politik Ausdruck zu geben. Zur Erinnerung: 2005 lehnten fast 62 % der Niederländer bei einer Wahlbeteiligung von 63 % den europäischen Verfassungsvertrag ab, in Frankreich stimmten damals 56 % gegen die Annahme der EU-Verfassung, die nach den erfolgreichen Referenden nie Rechtskraft erlangte, aber als Vertrag von Lissabon 2009 neu aufgelegt wurde.

Die EU-kritischen Stimmen beschränken sich aber nicht auf die Niederlande und Frankreich. In Grossbritannien steht eine Abstim-

mung über den EU-Austritt Englands bevor, deren Ausgang offen ist. Und in zahlreichen Ländern Europas erhalten die EU-kritischen Parteien immer mehr Zuspruch. In einigen bilden sie sogar die demokratisch gewählte Regierung. Die Länder der sogenannten *Vise-grad-Gruppe* – dazu gehören Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei – wehren sich gegen das Diktat der EU in der Einwanderungspolitik.

Die EU-Verantwortlichen und die etablierten Parteien haben sich bisher darauf beschränkt, den Kritikern irgendwelche negativen Etiketten anzuheften und als Lösung eine bessere Kommunikation – sprich mehr Propaganda – für die EU zu versprechen. Doch solche Schalmeienklänge verfangen bei immer mehr Menschen nicht mehr. Ihre Hoffnung auf ein besseres Leben wurde enttäuscht.

Selbst die wirtschaftsliberale «Neue Zürcher Zeitung» greift zu Titeln wie

«Tomaten ernten für einen Hungerlohn» (15.10.2015) oder «Hungerlöhne in Osteuropas Kleiderkammern» (3.3.2016) und berichtet über die erbärmlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der Erntearbeiter in Italien, die bei schwerster Arbeit noch um ihren Lohn betrogen und schikaniert werden, und zwar nicht in Einzelfällen. Wenn namhafte europäische Modefirmen ihre exklusiven und teuren Waren in Bulgarien und Rumänien zu Billiglöhnen produzieren lassen, die weit verbreitet unter der Armutsgrenze liegen, und diese Firmen zur Durchsetzung ihrer Interessen noch Druck auf die Regierungen ausüben, dann geht es nicht darum, diesen Menschen die EU besser zu erklären, sondern um eine Veränderung des Systems, das solche Missstände hervorbringt.

Die Skala der Mindestlöhne reicht in der EU von 1,06 Euro bis 11,12 Euro. Und die

Quote der Jugendarbeitslosigkeit bewegt sich im «Normalbereich» zwischen 15 und 25 %, schreibt Gyögy Dalos in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 29.2.2016. In Griechenland beträgt sie jedoch 48,6, in Spanien 46,0 und in Kroatien 44,0 %.

Wenn es nicht bald gelingt, den Menschen eine glaubhafte Alternative zum System EU anzubieten, geht Europa schweren Zeiten entgegen.

Der Schweizer Bundesrat und die Parlamentsmehrheit müssen es sich gut überlegen, ob sie sich weiterhin von dieser EU erpressen lassen wollen, wie kürzlich geschehen, als sie auf Druck der EU der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien zugestimmt haben, damit die Schweiz weiterhin an EU-Forschungsprojekten teilnehmen darf. Mit der Zustimmung des Volkes können sie bei solchen Kniefällen jedenfalls nicht rechnen. •

Die Neutralität ist ein Wesenszug der Eidgenossenschaft

von Wolfgang von Wartburg

«Die schweizerische Neutralität ist weder von aussen auferlegt noch ein blosses Mittel zur Selbstbehauptung. Sie ist ein Ausdruck, ein Wesenszug der Eidgenossenschaft selbst. Die primäre Aufgabe des Staates ist es, Recht und Frieden zu handhaben. Alles, was darüber hinausgeht, ist problematisch. Wird dieses Prinzip auch nach aussen gewendet, dann ergibt sich daraus mit Notwendigkeit der Verzicht auf Machtpolitik und damit auch der Verzicht auf Bündnisse mit machtpolitischem Zweck.

Die Aussenpolitik eines Staates, der grundsätzlich nichts anderes als Rechtsstaat sein will, ist die der Neutralität. Dies schliesst nicht aus, dass der neutrale Staat für Erhaltung oder Herstellung des Friedens

in der Welt tut, was in seiner Macht steht, soweit er dadurch nicht in den Strudel der Machtpolitik hineingerissen wird. Das bedeutendste Beispiel für die Schweiz ist die Beherbergung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, dessen Mitglieder ausschliesslich Schweizer sind. Zahlreich sind die Beauftragungen von Schweizern durch die Uno [...] für schwierige Vermittlungsaktionen, bei denen Unparteilichkeit erfordert wird. Nur der Neutrale kann die Menschenrechte ohne machtpolitische Rücksichten vertreten. Die schweizerische Neutralität ist in demselben Sinne «ewig» wie die Bünde selbst. Die Berechenbarkeit ihrer Aussenpolitik ist der beste Beitrag der Schweiz zum allgemeinen Frieden. Neutra-

lität ist die Alternative zur Kollektivsicherheit. In einer Kollektivorganisation (Uno, EU, Nato, Partnerschaft für den Frieden) geschieht entweder gar nichts, da niemand verantwortlich ist, oder sie wird zum Werkzeug der mächtigsten Partner. Der Beitritt zu einem Sicherheitskollektiv würde die Schweiz auf jeden Fall zum Komplizen der Machtpolitik machen, sie wäre für jeden Schritt mitverantwortlich, ohne doch an den Machtverhältnissen etwas ändern zu können. Die Glaubwürdigkeit der Neutralität dagegen wäre aufgehoben.

Der Schweiz entsprechen allein der Verzicht auf Machtpolitik und die freiwillige Beschränkung auf eine reine Verteidigungsarmee, die angesichts der «Arglist

der Zeit» – jeder Zeit – zur Selbstbehauptung notwendig ist. Zusätzliche Bemerkung: Heute wird das Projekt erwogen, die schweizerische Armee in eine Berufsarmee umzuwandeln.

Der Schweizer Gemeinschaft entspricht allein die Volksarmee, der anzugehören allgemeine Pflicht ist. Sie darf und kann nur eingesetzt werden, wenn die Schweiz selbst gefährdet ist. Eine Berufsarmee könnte ein Machtinstrument des Bundesrates werden, das sogar zu unerwünschten Abenteuern verleiten könnte.»

aus: Wolfgang von Wartburg, *Die europäische Dimension der Schweiz. Zur Geschichte der Schweiz und ihrer Stellung in Europa*, 1996, S. 125f

Referendum – Nein zur Halbierung der Armee! (WEA)

Bei der weltweiten geschäftlichen Tätigkeit des Verfassers wurde ihm immer wieder, nicht nur von welterfahrenen, sondern auch von ganz einfachen Leuten in allen Weltteilen, sogar in China, gesagt, die Schweiz sei das friedliebendste, aber wehrhafteste Volk der Welt! Heute mokiert sich die Welt über das in ihrer Sicht «reichste Land der Welt», das kein Geld für seine Sicherheit ausgeben will. So fing zum Beispiel die indische Zeitung «Business Standard» am 21. Februar 2014 einen längeren Artikel über unsere Armee wie folgt an: «Es ist so leicht, sich über die Schweiz lustig zu machen, dass es fast unsportlich ist.»

Seit Beginn dieses Jahrhunderts wurde unsere Armee auf ein Drittel reduziert. Jetzt wird das Drittel noch halbiert. Grosse Bestände einsatzfähiger Waffen und der grösste Teil unserer befestigten und unterirdischen

Anlagen im Wert vieler Milliarden Franken werden verkauft, verschrottet, aufgegeben. Die Armee soll nur noch über rund 30 000 Mann an Kampftruppen verfügen (2 mechanisierte Brigaden). Die übrigen

kleine Auswahl von Beispielen dafür, dass das nicht stimmt. Warum üben 300 000 koreanische und 17 000 US-Soldaten wochenlang gemeinsam? Warum unterhält das in der Grösse dem Kanton Glarus

«Die Schweizer Bundesverfassung stellt als Hauptzweck der Staatsaufgaben die Gewährleistung der Sicherheit ihrer Menschen und des Territoriums dar, darunter als wichtigster: Die Kriegsverhinderung!»

70 000 Mann sollen für den Einsatz bei Rufen (Muren) oder einfachen Sicherungsaufgaben zur Verfügung stehen. Die Gebirgstruppen werden abgeschafft.

Es wird uns erzählt, die Zeit der grossen Kampfverbände sei vorbei. Hier eine

Fazit: Aufstockung der Armee im Inland und Abspeckung von Auslandaktivitäten aller Art; Übungen im Ausland nur soweit es für die Ausbildung der Truppe notwendig ist (vgl. Interview mit Nationalrat Adrian Amstutz); Verwendung des eingesparten Geldes für die Ausrüstung der Armee im Inland, so dass sie imstande ist, ihren verfassungsmässigen Auftrag zur Verteidigung und zum Schutz des Landes und seiner Bevölkerung wahrzunehmen.

Den besten Beitrag zu einer Landesverteidigung, die diesen Namen verdient, ist sicher der Austritt aus *Partnership for Peace* – warum nicht eine Volksinitiative mit diesem Ziel ins Auge fassen? •

¹ Gruppe Giardino, «Mut zur Kursänderung», S. 105–108

² 14.069 Medienmitteilung des Bundesrates vom 03.09.2014

³ Gruppe Schweiz ohne Armee

«Überlegungen zur Schweizer Armee ...»

Fortsetzung von Seite 5

Viele Bürger haben mit Ja gestimmt, um die selbstgewählte Verpflichtung der neutralen Schweiz zur Friedensarbeit zu bekräftigen. Von Kriegsübungen unter Nato-Kommando mit Schussrichtung nach Osten war ebensowenig die Rede wie von einem massiven Abbau der Landesverteidigung. Wie gesagt, zu den PFP-Aktivitäten wurde das Stimmvolk nie gefragt. Denn auch im VBS ist bekannt, dass entgegen allen «Umerziehungsversuchen» mehr als 90 Prozent der Schweizer an der Neutralität festhalten. Aber zur Wehrpflicht konnten sich die Schweizer (dank einer Volksinitiative der GSoA)³ an der Urne äussern: Eine wuchtige Mehrheit von 73,2 Prozent der Stimmbürger und alle Kantone lehnten am 22. September 2013 die Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht ab.

weiss, auch die USA – einen Angriff auf die Schweiz geprüft. Alle kamen wegen der starken Armee zu einem negativen Schluss. Sie war kriegsverhindernd, trotz ihrer erkannten Schwächen.

Weiss unser Volk, dass unsere Oberen die Aufgabe der Neutralität durch einen schleichenden Nato-Beitritt vorbereiten? So hat auf Einladung der Schweiz am 16./17. Februar 2016 in Zürich eine Tagung von 100 Offizieren des Nato-Kommandos, der 28 Mitgliederländer und der Schweiz als Mitglied der *Partnerschaft für den Frieden* und der Interoperabilitätsplattform der Nato stattgefunden! Am 10. März 2016 berichtete die «Basler Zeitung» unter dem Titel «Schweiz plant den Neutralitätsbruch» über die erneute Teilnahme vom 8. bis 24. Juni 2016 von Schweizer Truppen an einem Manöver von 12 westlichen Armeen in Ostdeutschland. Sieht unser Volk nicht, wie rasch die Spannungen in der Welt steigen, wie aufgerüstet wird? Zum ersten Mal seit bald 200 Jahren werden wir – da selbstverschuldet wehrlos – in einen militärischen Konflikt oder grossflächige, chaotische, mit Gewalt verbundene Zusammenbrüche mit einbezogen werden. Wollen wir das?

Unterschreiben Sie das Referendum, damit unser Volk das letzte Wort zur WEA hat (<http://www.armee-halbierung-nein.ch>).

Gotthard Frick, Bottmingen

«Die dauernde Neutralität ist ein Grundsatz der schweizerischen Aussenpolitik. Sie trägt bei zum Frieden und zur Sicherheit in Europa und jenseits der Grenzen Europas. Sie dient der Sicherung der Unabhängigkeit unseres Landes und der Unverletzlichkeit des Staatsgebiets.»

<https://www.eda.admin.ch>

Die Schweizer Bundesverfassung stellt als Hauptzweck der Staatsaufgaben die Gewährleistung der Sicherheit ihrer Menschen und des Territoriums dar, darunter als Wichtigster: Die Kriegsverhinderung! Noch im Zweiten Weltkrieg haben alle in Westeuropa kämpfenden Mächte – und was kaum jemand

«Wir sollten etwas selbstbewusster sein»

Plädoyer für eine eigenständige Industriepolitik, die nicht nach dem Ausland schiebt

Ein Gespräch von Hanspeter Künzi, Radio SRF, mit Swatch-Chef Nick Hayek



Nick Hayek
(Bild Keystone)

mw. Er machte sich in der ganzen Welt einen Namen, in der Schweiz aber hat er eine wahrhaft grosse Tat vollbracht: der Unternehmer Nicolas Hayek (1928–2010). Als die Uhrenindustrie, einer der Grundpfeiler der Schweizer Wirtschaft, vor dem Abgrund stand, machte er sich, zusammen mit ETH-Ingenieuren und unterstützt von Schweizer Banken, daran, mit der Produktion einer preiswerten Kunststoffuhr, der Swatch (Swiss Watch), die Uhrenindustrie wieder in Schwung zu bringen. Heute gehören zur Swatch Gruppe viele der traditionsreichen Schweizer Uhrenmarken sowie zahlreiche Produktionsstätten, welche alle von der Uhrenindustrie benötigten Einzelteilen produzieren – und zwar ausnahmslos in der Schweiz.

Seit seinem Tod führt sein Sohn Nick Hayek die Swatch Gruppe – wie sein Vater eine beeindruckende Persönlichkeit.

In einem Radio-Interview mit Radio SRF zeigt sich Nick Hayek als Schweizer Unternehmer, der sich seiner Verantwortung bewusst ist. Für die Hayeks ist die erste Priorität nicht der Gewinn, sondern die Sorge um den Arbeitsplatz Schweiz.

Ein Unternehmer, der seine Kräfte für den Schweizer Standort einsetzt. Einer, der sieht, dass gerade die Eigenheiten des Schweizer Modells wie Föderalismus und direkte Demokratie auch wesentliche Vorteile für eine starke Wirtschaft beinhalten. Kurz, einer neben vielen anderen Bürgern, die ihren Beitrag zur Gesellschaft leisten. Im folgenden haben wir für Sie Auszüge aus dem Interview zusammengestellt.

Radio SRF: Er ist das Gesicht der Schweizer Uhrenindustrie, Nick Hayek. Seit 13 Jahren ist er Konzernchef der Swatch Group, dem weltweit grössten Uhrenproduzenten. Die Uhrenproduzenten präsentieren sich seit Donnerstag wieder in Basel, an der «Baselworld», der weltweit grössten Uhrenmesse. 1500 Aussteller aus der ganzen Welt zeigen hier ihre Uhren und zum Teil auch ihren Schmuck. [...]

Nick Hayek, wir führen hier live ein Gespräch im Studio Basel, weil Sie in diesen Tagen natürlich auch hier in Basel sind. Aber so ein richtiger Fan dieser grossen Messe sind Sie offenbar nicht, oder?

Nick Hayek: Schauen Sie, es ist wichtig, dass diese Messe in der Schweiz ist. Die Schweiz ist das wichtigste Land, wenn es um Uhrenindustrie geht. Aber ich bin mit der Swatch, mit der Marke Swatch gross geworden. Die Marke Swatch würde eigentlich nicht existieren, wenn es nach den Händlern ginge. Basel ist eine Händlermesse. Denn die Händler, die amerikanischen Händler, haben damals anfangs der 80er Jahre gesagt: Ach, das ist ein Quatsch, eine Plastikuhr, das will niemand, die ist viel zu billig. Wer will denn eine Swissmade-Uhr, die billig ist? [...]

«Die Schweiz ist das wichtigste Land, wenn es um Uhrenindustrie geht»

Sie haben gesagt, die einen bieten da einen grossen Bluff. Was macht denn jetzt die ganze Swatch Gruppe da?

Ja, wir haben eine Verantwortung, wissen Sie, die Swatch Gruppe war einmal nicht mehr da in Basel. Und wenn Sie sehen, was für eine industrielle Strategie die Swatch Gruppe fährt – das heisst, wir haben 150 Fabriken im Land. Wir bauen alle Teilchen, wir sind total vertikalisiert, und nicht nur für die Swatch Gruppe, sondern auch für Dritte, für die gesamte Schweizer Uhrenindustrie. Und das bedeutet, dass wir unsere Marken in allen Segmenten haben und dass wir sie auch präsentieren und in Basel präsent sein wollen und müssen; einfach um zu zeigen, dass wir sehr solidarisch sind

mit der Zukunft dieser Industrie. Da geht es nicht darum, dass der eine sich hervor tut und sagt: Ich bin der Grösste, der Beste, sondern wir haben ein gemeinsames Interesse – die Schweizer Uhrenindustrie ist eine wirkliche Hightech-Industrie. Deshalb sind wir da.

Jetzt ist ja die Schweizer Uhrenindustrie ein bisschen weniger gut in Schuss als auch schon: Im letzten Jahr ging der Gesamtexport um etwa 3 % zurück, und auch bei Ihnen, in der Swatch Group, ging der Umsatz ebenfalls um etwa 3 % zurück. Und der Reingewinn – das kann man, glaube ich, sagen, ohne zu übertreiben – ist um etwa 20 % eingebrochen. Jeder andere Konzernchef wäre da ziemlich nervös und verunsichert; bei Ihnen hat man das Gefühl, das interessiert Sie gar nicht richtig.

Nein, schauen Sie, wir haben eine andere Philosophie, wie ich gesagt habe; wir sind eine Industrie, und die denkt langfristig und nicht kurzfristig. Uns interessiert nicht, was die Börse denkt. Sie denkt ungefähr so weit wie drei Tage voraus.

Aber weniger Gewinn, das ist nicht nur Börse, das ist auch Ihre eigene Kasse.

Ja, jetzt müed Sie luege, der Schweizerfranken. Wir produzieren und sind loyal zu diesem Standort. Natürlich hat der Schweizerfranken eine Wirkung auf uns. Aber wenn Sie die Gesamtsituation anschauen, macht die Swatch Gruppe im Uhren- und Schmuckbereich über 18 % operativen Gewinn – für ein Industrieunternehmen. Natürlich hatten wir im Vorjahr 20 oder 21 % gemacht. Aber die Swatch Gruppe ist sehr solid finanziert, hat eine langfristige Strategie, und wir werden unsere Strategie nicht kurzfristig deswegen ändern, weil wir einen katastrophal überbewerteten Schweizerfranken haben. Was wir wollen, ist langfristiges Wachstum und Weiterschreiten, in die Innovation investieren und in die Produktion. Wir müssen nämlich beides haben in der Schweiz, wir brauchen Forschung und Entwicklung, wir haben das, wir sind sehr stark. Aber wir müssen auch das Know-how der Produktion hier behalten. Deshalb ist es nicht schlimm, wenn wir einmal 2, 3 % weniger haben. 20 % tönt ja wahnsinnig, aber wenn Sie wissen, dass wir in der Swatch Gruppe immer noch über eine Milliarde Gewinn haben, dann – okay – ist es verschmerzbar.

Sie haben jetzt wieder den harten Franken erwähnt. – Sie ziehen ja sehr gern gegen Herrn Jordan, den SNB-Chef, los. Wenn man nun die Exportzahlen des letzten Jahres etwas genauer anschaut, nach Regionen, fällt auf: Hongkong, der wichtigste Markt, minus 23 %; China, der dritt wichtigste Markt, minus 4,6 %, auch sonst im asiatischen und im arabischen Raum, Russland, überall ist es problematisch, in Südamerika auch. Hingegen Euro-Länder wie Italien, Deutschland, Frankreich, dort ist ein positiver Trend. Das würde eigentlich den Schluss zulassen: Also, es liegt nicht wirklich nur am Franken, es sind andere Probleme.

Also, jetzt muss ich einige Dinge korrigieren, die Sie vielleicht nicht wissen können. Die Exportzahlen sind nicht die Verkaufszahlen. Das sind Produkte, die man exportiert, von einer Filiale zur anderen. Zweitens reisen die Leute heutzutage. Das heisst, die Chinesen reisen herum. Früher nach Hongkong, dann gab es Probleme, jetzt gehen sie nach Japan, und sie gehen nach Europa. Und natürlich kaufen sie die Produkte dort ein, wo es günstiger und billiger ist. Nun, mit diesen Verwerfungen in der Währung – und ich muss Sie korrigieren: der harte Schweizerfranken wäre kein Problem, wir wollen alle einen guten harten Franken. Aber ein massivst überbewerteter Franken ist eine Katastrophe – für die Industrie und für den Tourismus. Wenn Sie jetzt Ihr Produkt in Deutschland oder in Frankreich verkaufen, dann haben Sie die Leute, die dort Ihr Produkt lokal kaufen, die Franzosen und die Deutschen, die wissen nichts über Wäh-

lungen. Sie können dort nicht Ihre Produkte [die Preise Ihrer Produkte] von einem Tag auf den anderen um 20 % erhöhen, sonst bricht Ihnen der Umsatz weg, das heisst der Umsatz in Stückzahlen. Also akzeptieren Sie, dass Touristen zum Beispiel nach Deutschland reisen, nach Frankreich, dann kaufen Sie Ihre Uhren dort, statt in Hongkong oder in China. Aber wenn Sie es [den Erlös] nachher in Schweizerfranken wechseln, dann haben Sie ein Minus. Und das müssen Sie auch genau analysieren. 2009 haben wir, die gesamte Schweizer Uhrenindustrie, zum Beispiel 21 Millionen Stück exportiert. 2015 – wenn alle über schwierigere Zeiten reden – über 28 Millionen Stück. Das ist ein unglaubliches Wachstum. [...]

«Die Schweizer Uhrenindustrie [...] musste immer ankämpfen gegen die 1,17 Milliarden Stück, die auf der Welt gemacht werden»

Dann schauen wir uns jetzt doch noch ein anderes Thema an. Über den Schweizerfranken haben wir schon gesprochen, und da könnten wir wohl noch eine halbe Stunde darüber sprechen. Aber Smart-Watches. Vor einem Jahr waren Sie auch schon hier bei uns. Damals haben Sie gesagt, wir haben da keine Angst, es ist keine Konkurrenz für die Schweiz. Unterdessen werden mehr Smart-Watches, vor allem natürlich die Apple-Watches als Uhren bei uns verkauft. Hat Sie das überrascht?

Nein, Sie müssen die Zahlen anschauen. Wissen Sie, der Weltmarkt für Uhren ist 1,2 Milliarden. 1,2 Milliarden Stück werden verkauft. Davon hat die Schweizer Uhrenindustrie traditionell zwischen zwanzig und dreissig Millionen Stück. Die japanische sechzig Millionen. Und jetzt kommen Sie mit diesen Zahlen und vergleichen das mit der Schweizer Uhrenindustrie. Sie müssen es mit der gesamten Uhrenindustrie vergleichen. Die Schweizer Uhrenindustrie, in allen Segmenten, auch im untersten Marktsegment, wo die Swatch Gruppe fast die einzigen sind mit Tissot, mit Swatch, musste immer ankämpfen gegen die 1,17 Milliarden Stück, die auf der Welt gemacht werden. Und das sind Modeuhren, das sind intelligente Uhren, das sind unintelligente Uhren, das sind schöne Uhren. Wir waren dem immer ausgesetzt. Smartuhren, die machen wir ja. Swatch hat ihre Kreditkartenuhr lanciert, vor Apple in China, mit Union-Pay. Wir haben Touch Zero 1, Touch Zero 2, und wie ich vorher gesagt habe: Unsere Technologien, die wir haben, die sind in vielen Geräten und übrigens auch bei Apple, nicht in den Smartuhren, aber im Smartphone finden sie Verwendung, die kommen von uns.

Also, Sie waren einmal Pionier, kann man sagen, in diesem Bereich, und jetzt sind Sie von Apple total abgehängt worden.

Wir sind absolute Pioniere. Aber wissen Sie, wir sind in einer absolut guten Situation. Wir sind im Markt, und wir werden die Funktionen einsetzen, von denen wir sehen, dass der Konsument sie will. Wir haben eine fantastische Situation. Wir können die Integration machen von Funktionen, unabhängig, in unseren Uhren, das heisst, die Uhr muss ein Schmuckstück bleiben für einen Mann und für eine Frau. Und wir können die Funktionen, die nützlich sind, integrieren. Was falsch wäre, was ein paar andere machen, die kaufen in Amerika Know-how ein. Das Know-how ist da, an unseren Universitäten, das CSM in Neuchâtel, die Swatch Gruppe, wir haben alle Know-how bis zum Betriebssystem, aber es gibt Leute, die sehr schnell, um kurzfristige Marketingfolge zu haben, nach Amerika reisen und sich einkaufen. [...]

«Die Schweizer sind keine Extremisten, und sie wollen keine extremistische Politik, weder links noch rechts»

Herr Hayek, ich will mit Ihnen kurz noch über etwas ganz anderes diskutieren, über die Politik. Diese Woche hatten wir im Par-

lament eine grosse Wirtschaftsdebatte: Die Linken wollen Konjunkturprogramme, wollen zum Beispiel die Nationalbank an die kürzere Leine nehmen. Die Rechten, die wollen eigentlich nichts machen ausser schauen, dass die Rahmenbedingungen gut bleiben. Was möchten Sie?

Ich möchte, dass die Schweiz weiterhin festhält an ihrem föderalen System, in dem sie Autonomie an die Leute herunterdelegiert, in den Kantonen, in den Gemeinden, in den Städten.

Braucht es jetzt ein Wirtschaftsprogramm, wie es die Linken wollen?

Nein, es braucht kein Wirtschaftsprogramm. Schauen Sie, die Schweiz hat ein Problem, das ist der Schweizerfranken, das ist nun einmal das Problem, auch wenn es Ihnen auf die Nerven geht, wenn ich das immer wieder sage. Schauen Sie, die amerikanische Nationalbank, die japanische, die europäische, alle Nationalbanken haben erkannt, dass ihre Währung wichtig ist als Instrument für ihre Industrie. Nur die Schweiz meint, sie könne nichts machen, sie sei klein und schwach. Und das ist unser Problem; das andere ist phantastisch: unsere Beziehung zur Gewerkschaft ist phantastisch, die Nähe zu den Arbeitern, das Bildungssystem, die Infrastruktur. Wir haben das Beste, was es gibt. Und wir haben noch etwas Gutes: dass es keine zentralistisch ausgerichtete Politik gibt, die irgendwelche Massnahmen ergreifen will, um der Wirtschaft zu helfen.

Kann man sagen, was die Politik punkto Nationalbank betrifft, also die Nationalbank etwas an der kürzeren Leine lassen – da sind Sie eher auf der linken Seite, was so Konjunkturprogramme betrifft, eher auf der rechten Seite? Wo stehen Sie eigentlich?

Wissen Sie was? Ich bin ein Pragmatiker. Das heisst, was uns tötet auf der Welt, sind diejenigen, die Dogmen und Ideologien haben. Was wir brauchen als gute Schweizer ... wir stehen mit den Füßen auf dem Boden, wir müssen das tun, was gut ist für unser Land und für unsere Arbeiter und für unsere Beschäftigung. Arbeitslosigkeit, das geht nicht in diesem Land. Da muss man aufstehen. Und wenn es linke Positionen gibt, wenn es rechte Positionen gibt – einmal ist sie links, einmal ist sie rechts, das interessiert mich nicht, wir machen das, wovon wir überzeugt sind. Und wenn jemand von aussen sagt, das ist links oder rechts, interessiert uns das nicht.

Trotzdem – einmal alle vier Jahre mindestens muss man ja dann doch entscheiden: Welche Partei wähle ich? Welche wählen Sie?

Ich wähle eigentlich keine Parteien, ich wähle Personen, ich schaue mir an: Wer ist glaubwürdig und wer vertritt das, was ich richtig finde. Und dann wähle ich so. Ich bin in keiner ...

Jetzt haben wir ja eine neue Mehrheit seit letztem Herbst, eine neue, grössere Mehrheit als früher. Ist das für Sie als Unternehmer eine gute Sache, haben Sie da gebuhelt?

Sehen Sie, ich habe gelernt, dass in der Schweiz immer alles in Massen passiert. Auch wenn Sie jetzt diese Wahlen gesehen haben, dann hat es jetzt ein bisschen Übergewicht gegeben auf der rechten Seite. Und dann hat es einmal ein Übergewicht auf der linken Seite. Das wird alles ausbalanciert. Die Schweizer sind keine Extremisten, und sie wollen keine extremistische Politik, weder links noch rechts. Das macht mir gar keine Sorgen. Und vergessen Sie nicht dieses einmalige System ... Wenn ich das unseren chinesischen Freunden immer erzähle, dass wir sieben Bundesräte haben, und die kommen doch tatsächlich aus vier verschiedenen Parteien! Das ist ja sensationell. Und genau so muss es sein.

Früher war ja die Schweizer Politik auch im Ausland Sinnbild für Kontinuität, für Stabilität – jetzt sorgen da immer wieder In-

Fortsetzung auf Seite 8

Industriepolitik und direkte Demokratie in der Schweiz

Die Uhrenindustrie und das Beispiel von Nicolas Hayek

von Dr. rer. publ. W. Wüthrich

Vor ungefähr fünfzig Jahren begann die dritte industrielle Revolution mit dem Einsatz von Computern, mit der Erfindung neuartiger, weltumspannender Kommunikationsmittel und ganz allgemein mit der Digitalisierung der Wirtschaft und grosser Teile des Lebens. Das binäre Prinzip 0 und 1 wurde zum Schlüssel für eine neue Welt – in einem Ausmass, wie das anfänglich niemand gedacht hat. Es begann in der Schweiz wie in vielen Ländern mit der Sorge um die Zukunft des «Werkplatzes», der sich vermehrt global auszurichten begann. Ganze Industriebereiche änderten ihr Gesicht. Der Anteil der industriellen Arbeit verringerte sich ganz allgemein, während vermehrt Dienstleistungsbetriebe gegründet wurden. Manche Fabrik schloss ihre Tore für immer (oder verlegte ihre Produktion ins Ausland). Innert Kürze gingen Tausende von Arbeitsplätzen verloren. Grosse Traditionsunternehmen wie *Alusuisse*, *Brown Boveri BBC*, *Saurer* oder *von Roll* gerieten in Schwierigkeiten. Am stärksten war jedoch die Uhrenindustrie betroffen. Dies hatte besondere Gründe:

Am Ende der 1960er Jahre hatten Forscher der Uhrenfirmen und der ETH die Quarztechnologie und die digital funktionierende Uhr erfunden, die neu über eine Batterie angetrieben wurde. Ihre Kollegen in Japan machten ungefähr zur selben Zeit die gleiche Erfindung. Während in der Schweiz die praktische Bedeutung dieser neuen Technik jedoch als gering eingeschätzt wurde und die Uhrenfirmen weiterhin fast ausschliesslich mechanische Uhren bauten, mit denen sie den Weltmarkt über viele Jahrzehnte beherrscht hatten, setzten japanische Unternehmen wie *Seiko*, *Casio* und andere voll auf die Quarztechnik, und die Japaner begannen, den Weltmarkt mit Massen von präzisen, aber viel preiswerteren Uhren zu überschwemmen. Die Folgen waren für die Schweiz katastro-

phal. Während in den 1960er Jahren weltweit noch acht von zehn Uhren aus der Schweiz kamen, sank der Anteil in den 70er Jahren auf 10%. Die Folgen waren dramatisch. Mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze in der Schweizer Uhrenindustrie gingen verloren, und manche Auguren prophezeiten bereits deren Untergang.

Staat als Retter?

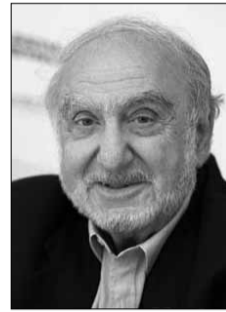
Soll der Staat in dieser schweren Zeit der Krise eingreifen – so ähnlich, wie er es in der grossen Krise der 30er Jahre gemacht hatte? 1978 schlug der Bundesrat vorerst ein Impulsprogramm vor: Der Bund sollte die angewandte Forschung, die technikbezogene Ausbildung und die Entwicklung in den Betrieben finanziell fördern. Das Parlament arbeitete ein Programm aus mit «Massnahmen zur Milderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten». Parallel dazu sollte die Ansiedlung neuer Industrien in wirtschaftlich bedrohten Landesgegenden gefördert werden – vor allem in der Krisenregion Jura, dem Zentrum der Uhrenindustrie.

1983 verstärkte der Bundesrat seine Bemühungen in Richtung einer staatlichen Industriepolitik. Bundesrat *Furgler* schlug die Einführung einer «Innovationsrisikogarantie (IRG)» vor. Sie sollte den Unternehmern das finanzielle Risiko, das mit jeder Forschung verbunden ist, mindestens zum Teil abnehmen. Ökonomen lehnten das Projekt des Bundes ab und forderten lediglich «günstige Rahmenbedingungen» für die Unternehmen. Die «Innovation» und das damit verbundene Risiko jedoch sei allein Sache des Unternehmers. Es bahnte sich ein wichtiger Grundratsentscheid in einer schwierigen Situation an. In der direktdemokratischen Schweiz konnte allein das Volk die Weichen stellen.

Es gelang Bundesrat *Furgler*, im Parlament eine Mehrheit für sein Projekt «Innovationsrisikogarantie» zu gewinnen – nicht jedoch

im Volk. Am 22. September 1985 setzte der Souverän – trotz wirtschaftlicher Malaise – ein deutliches Zeichen gegen eine staatliche Industriepolitik und lehnte die Innovationsrisikogarantie des Bundes mit 57% Nein-Stimmen klar ab. Gleichzeitig wehte aber bereits ein neuer Wind in der arg gebeutelten Uhrenindustrie – vorerst allerdings nur ein laues Lüftlein.

Nicolas Hayek



Nicolas Hayek
(Bild zvg)

Der Unternehmensberater *Nicolas Hayek* machte vor, was mit unternehmerischer Initiative aus eigener Kraft erreicht werden kann. Er tat sich zusammen mit Ingenieuren der ETH und der Uhrenbranche. Schweizer Banken halfen bei der Finanzierung. Am 1.10.1983 hatte er der

Presse die erste *Swatch* (Swiss Watch) vorgestellt, und zwar gleich mit zwölf poppigen Modellen – eine Schweizer Qualitätsuhr mit Quarztechnologie für 50 Franken. Das war erst der Anfang. Mit geschickter Marketing-Strategie begannen er und seine Mitarbeiter die Welt zu erobern. Die neue Uhr sollte zu einem Mode-Accessoire werden, und jede Frau und jeder Mann konnte mehrere Uhren haben, die sowohl zu den Jeans wie auch zum Abendkleid passten. Zudem sollte die *Swatch* ein Objekt der Kunst und ein Sammelobjekt werden. Es gelang, bekannte Künstler dafür zu gewinnen. 5 Jahre später waren bereits 1 Million Stück verkauft. Die Erfolgsgeschichte war damit noch lange nicht zu Ende. Im Jahr 2008 (danach wurden keine Zahlen mehr publiziert), dem 25. Geburtstag der *Swatch*, waren weltweit bereits 381 Millionen Stück verkauft worden. *Nicolas Hayek*

hielt an der Tradition fest, ausschliesslich in der Schweiz zu produzieren. Auch die anderen Uhrenmarken liessen sich von der Aufbruchstimmung anstecken. Vor allem im Luxussegment setzten sie zu wahren Höhenflügen an. Die mechanische Uhr wurde neu «erfunden», und sie präsentierte sich in der «Schönen Neuen Quarzwelt» als etwas Spezielles und besonders Wertvolles. So wurde die mechanische Uhr bald wieder auf der ganzen Welt wie zu den besten Zeiten in grosser Stückzahl verkauft. – Heute hat die einst arg gebeutelte Uhrenindustrie die Krise mehr als überwunden, und von staatlicher Industriepolitik spricht niemand mehr.

Fazit

Die Abstimmung über die Innovationsgarantie und das Beispiel von *Nicolas Hayek* machen es deutlich, dass das Volk in der Schweiz viel Vertrauen in die Arbeit der Unternehmen hat und für ihre Arbeit günstige Rahmenbedingungen befürwortet – wie zum Beispiel gute Schulen, eine gute berufliche Fachausbildung, moderate Steuern und ähnliches mehr. Es lehnt es aber ab, dass der Bund den Unternehmen das Risiko und die Verantwortung für ihre Arbeit abnimmt und selber aktiv Industriepolitik betreibt. In anderen Ländern wie zum Beispiel in Frankreich – es waren die Jahre von *François Mitterand* – ist dies ganz anders verlaufen.

Das Volk hat 1985 wirtschaftspolitische Weichen gestellt. Es gibt in der Schweiz bis heute keine Wirtschaftsregierung, die mit starker Hand das Wirtschaftsgeschehen lenkt – ausser im Bereich des Service public. Sondern der Souverän hat mit diesen und weiteren Abstimmungen einen Ordnungsrahmen gesetzt, der für Eigeninitiative und Eigenverantwortung viel Raum lässt und den dezentralen Föderalismus bewahrt. Die Schweizer Uhrenindustrie ist dafür ein Musterbeispiel. •

«Wir sollten etwas selbstbewusster ...»

Fortsetzung von Seite 7

initiativen – ob sie dann zustande kommen oder nicht – auch im Ausland für Schlagzeilen. Auf der linken Seite 1:12, Mindestlohn, auf der rechten Seite Masseneinwanderungsinitiative der SVP oder jetzt gerade kürzlich die Durchsetzungsinitiative ... Das gibt ganz ein neues Bild auch im Ausland von der Schweizer Politik: weniger Stabilität, hat man zum Teil das Gefühl in der Schweiz. Ist das für Sie ein Problem, merken Sie das?

Nein, haben Sie den Eindruck? Nein, ich habe im Ausland den Eindruck, dass die Leute die Schweiz bewundern. Nur die Politiker, wenn Sie auf die Politiker im Ausland hören, die deutschen sind ja ein gutes Beispiel: Wenn zum Beispiel die Schweiz die Abzocker-Initiative angenommen hat, sagen diese Politiker in Deutschland: «Sensationell. Die Schweizer sind doch intelligent! Sind die intelligent, die haben gewählt gegen diese Abzocker.» Und dann kommt eine Abstimmung, die Masseneinwanderungsinitiative, dann sagen die gleichen Politiker: «Das ist doch skandalös, diese Schweizer, wie die manipuliert werden können, was die abgestimmt haben!» Ja, was ist es jetzt? Ist es sensationell einmal, wenn es ins Programm passt, und einmal nicht?

Als Unternehmer merken Sie keinen Unterschied gegenüber zum Beispiel vor zehn Jahren, als das noch ein bisschen anders war?

Im Gegenteil, ich denke, die Schweiz ist ein Beispiel, und viele, viele Leute auf der Welt – nicht die Politiker – finden die Schweiz ein super Beispiel. Und die Schweiz hat Leadership in vielen Bereichen, auch in der Technologie, und wir sollten uns dessen bewusst sein und etwas selbstbewusster sein, bevor wir versuchen, überall in der Welt etwas einkaufen zu gehen, was wir selber machen könnten. [...]

Eine sensationelle neue Batterie – Swiss made!

Zum Schluss möchte ich mit Ihnen noch über etwas ganz anderes reden, nicht über Uhren, sondern über Batterien. *Belenos* heisst die Firma, noch relativ klein, aber dort soll etwas ganz Grosses entstehen, eine neue Superbatterie, die viel leistungsfähiger ist als alle, was es bis heute gibt. Man spricht von 30% mehr Leistung, und dafür sind sie einfacher zum Aufladen. Wie kommt eine Firma wie Ihre dazu, da so gross einzusteigen in ein eigentlich fremdes Gebiet?

So fremd ist das nicht. Die Uhrenindustrie – da geht alles um Energie. Sie können ja Uhren – die mechanischen – mit Ihrem Körper aufladen, von der Bewegung her. Es gibt sogar Uhren, die Sie durch die Temperatur der Haut zum Laufen bringen können. Und bei der Mikro-Elektronik auch. Alles, was Miniaturisierung ist und wenig Energie verbraucht, da sind wir Spezialisten: Touch Screen, Solarzellen. Jetzt – mein Vater steht ja am Ursprung von dem. Er sagte immer und hat die Vision gehabt: Wenn diese Mobilität, wenn die Chinesen, wenn die Inder, wenn all diese Leute die gleichen Fehler machen wollen in der Mobilität wie wir, dann wird die Welt untergehen mit all diesem Smog.

Wollte ein *Swatch-Mobil* machen.

Wollte *Swatch-Mobil* machen. Dann gründete er *Belenos*, übrigens auch mit der ETH als Aktionär, mit *George Clooney* als Aktionär, und wir erforschten Brennstoffzellen und Batterien. Und wir haben mit Hilfe der ETH ein neues Material gefunden: Vanadium, und jetzt kommt das Ideale: *Renata* ist unsere Batteriefabrik. 800 000 Stück pro Tag produzieren wir in Baselland. Und die Kombination Forschung und Entwicklung und eine Produktion haben dazu geführt, dass wir jetzt im Juli bereit sind, eine sensationelle neue Batterie zu bringen, die 30% mehr Energiedichte hat, weniger gefährlich ist, schneller aufgeladen werden kann – Swiss made!

Und eben die kann man dann nicht nur für Uhren, nicht nur für Unterhaltungselektronik brauchen, auch *E-Bikes* sollen so gehen oder zum Beispiel auch Autos – da ist ja momentan in der Schweiz so das Mass aller Dinge der *Tesla*, da kostet so eine Batterie etwa 30 000 Franken. Man kann 400 km damit herumfahren, und dann muss man sie je nachdem ein paar Stunden bis einen halben Tag wieder aufladen. Mit Ihrer Batterie ... wie schnell geht denn das zum Beispiel? Wir sind spezialisiert, mit tieferer Spannung, mit tieferem Volt [tieferer Voltzahl] zu arbeiten, und damit können wir sie schneller aufladen. Auch die Materialien werden nicht so heiss, die Langlebigkeit ist grösser. Das kommt alles aus dem Wissen der Uhrenindustrie. [...]

Und Sie wollen das zum Teil auch später nach China liefern. Wo entstehen dann alle diese Arbeitsplätze?

Zunächst entstehen sie einmal in der Schweiz, denn wir haben hier die Forschung gemacht und machen die Produktion. Wie ich gesagt habe: 800 000 Batterien pro Tag produzieren wir heute! Es gibt sonst, glaube ich, keinen anderen Batterien-Produzenten, der so viel produziert in der Schweiz. Was aber wichtig ist, sind die Arbeitsplätze in der Schweiz. Da sind wir Pioniere, da werden wir vorwärts gehen. Aber wir müssen auch die Welt verändern, wir müssen auch dafür sorgen, dass die Batterien, die besser sind, tatsächlich auch zu einer veränderten Mobilität kommen [führen], und da kann es sein, dass es auch ein Joint-venture geben wird und dass an verschiedenen Orten auf der Welt Fabriken entstehen, die schneller diese Batterien herstellen können.

Sie haben schon einmal gesagt, dass da Jahresumsätze von zehn Milliarden Franken drin liegen. Das ist verglichen mit den Umsätzen der ganzen *Swatch Gruppe* mehr, als Sie mit allen Uhren Umsatz machen. Wann ist das soweit?

Da müssen Sie die Analysten fragen.

Ich frage Sie, Sie wissen es ja besser, scheinbar.

Schauen Sie, das ist nicht wichtig, dass Sie das Know-how der Produktion haben, und Forschungs- und Entwicklungsergebnisse sind da. Dann sehen Sie, dass Produkte existieren. Wissen Sie, wie viele Unternehmer zu uns kommen, kleine Unternehmer, mittlere Unternehmer, die *E-Bikes* machen, die Ideen haben – wissen Sie: Alle diese selbstfahrenden Autos, die da sind, die brauchen Energie, und da sehen Sie, welches Potential aus der Schweiz kommt.

Trotzdem nochmals: Wann wird daran voll gearbeitet, wann sind diese zehn Milliarden realistisch, und wie viele Leute arbeiten dann – separat noch einmal – in der Schweiz?

Sie wissen, das Geld interessiert mich nicht, wichtig ist, wenn wir die ersten hunderttausend Batterien geliefert haben für ein superneues *E-Mobil*. Und das wird sicher 2017 schon der Fall sein.

Ihr Vater ist ja bekannt geworden als der, der eigentlich die Schweizer Uhrenindustrie gerettet hat. Ist es vielleicht einmal so, dass Sie dann einmal bekannt sein werden als der, der die Idee des Elektroautos, eines umweltfreundlichen Massenverkehrsmittels, geschaffen hat?

Nein, das ist nicht so, das wird weiterhin mein Vater sein, denn mein Vater hat diese Vision gehabt im Jahr 2007. Und das hat bis heute gedauert, weil wir hartnäckig sind und nicht auf Analysten und Börsen und Journalisten hören.

Sie wollen es zu Ende führen?

Nicht nur wir wollen, wir werden es zu Ende führen. Wir sind ja Unternehmer und nicht Marketing-Typen.

Dann wünschen wir Ihnen dabei viel Glück, Herr Hayek, vielen Dank, dass Sie in die Samstagsrundschau gekommen sind. •

Quelle: Radio SRF, Samstagsrundschau vom 19.3.2016